«Für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden»
Behördliche Rückmeldungen auf den offenen Brief vom 22. Februar 2022

Nothilfe:
Kantonalen Handlungsspielraum erkennen und positiv nutzen, um Menschenwürde und psychische Gesundheit zu schützen

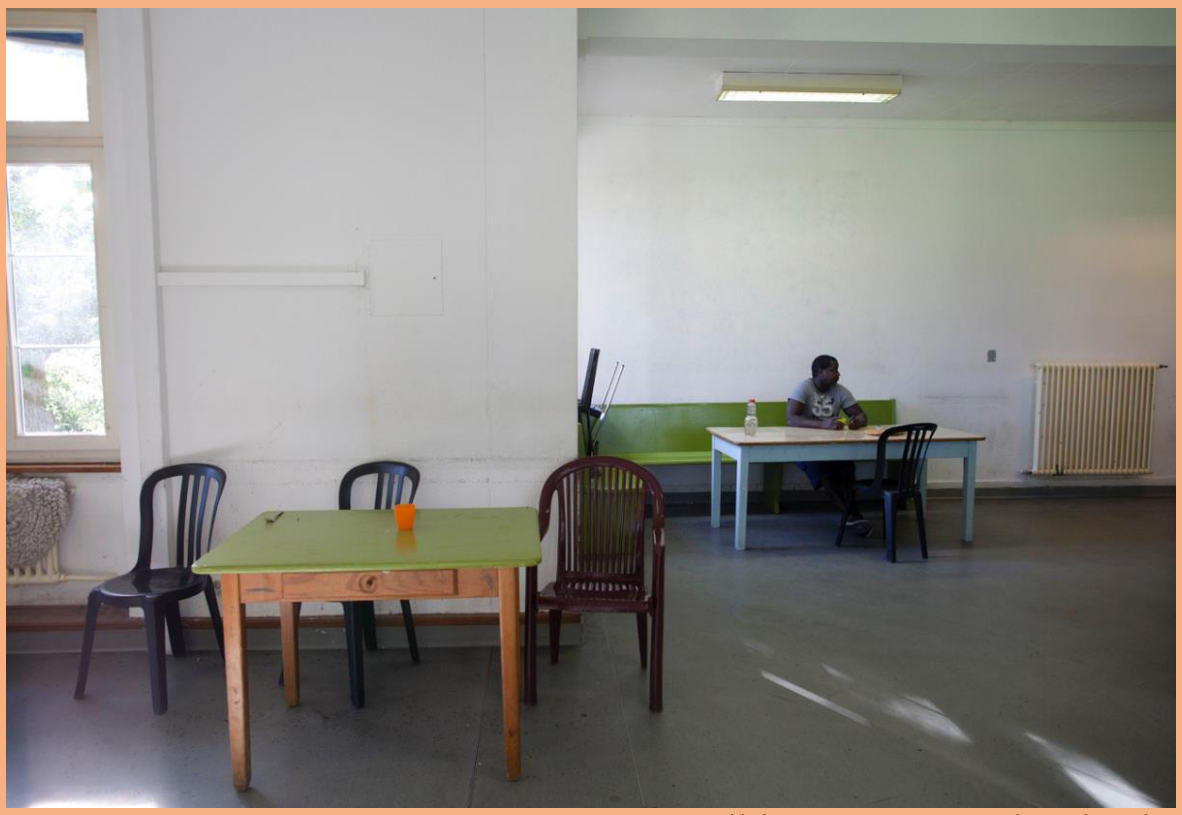


Foto: Rückkehrzentrum im Kanton Zürich, Ursula Markus

Für die Zusammenstellung und Analyse der Antworten:
Dr. Urs Ruckstuhl
Sylvia Valentin (terre des hommes schweiz)
Ron Halbright (NCBI Schweiz)

Für weitere Informationen:
Hanna Gerig, Geschäftsleiterin Solinetz Zürich, hanna.gerig@solinetz.ch
Ron Halbright, Projektverantwortlicher, NCBI Schweiz, ron.halbright@ncbi.ch
Dr. Urs Ruckstuhl, Psychologe, ursruckstuhl@sunrise.ch

Dezember 2022

Inhaltsverzeichnis

1. Der offene Brief und die Forderungen

2. Die Antworten von Behörden, Ämtern und Verbänden

2.1 Der nationale Rahmen für die Nothilfe

2.2 Kantonale Unterschiede in der Umsetzung der Nothilfe

2.2.1 Deckung des Grundbedarfs statt Nothilfe

2.2.2 Schliessung der lagerartigen Unterkünfte; Unterbringung der Betroffenen in Wohnungen und Wohngemeinschaften

2.2.3 Aufhebung aller Ein- und Ausgrenzungen; Verzicht auf willkürliche Verhaftungen und wiederkehrende Haft- und Geldstrafen für den Tatbestand des illegalen Aufenthaltes

2.2.4 Recht auf eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Tagesstruktur, Bildung, Beschäftigung, Arbeit, kulturelle und Freizeitangebote)

2.2.5 Gewährleistung der medizinischen und psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung, Zugang zu psychosozialen Dienstleistungen

2.2.6 Kinderrechtskonforme Bedingungen für abgewiesene Familien und ihre Kinder

2.2.7 Regularisierung des Aufenthaltes von abgewiesenen Geflüchteten, die seit Jahren im Nothilferegime gefangen sind, vorläufige Aufnahmen

3. Schlussfolgerungen aus den Antworten kantonaler Verantwortlicher auf den offenen Brief

3.1 Die Handlungsspielräume der Kantone bei der Umsetzung der Nothilfe

3.2 Das System der Nothilfe untersteht der Bundesgesetzgebung

4. Schlusswort: Aktuelle Nothilfe – nicht menschenwürdig umsetzbar

Quellenverzeichnis

Anhang nach Seite 19

Anhang 1: Offener Brief

Anhang 2: Alle Antworten auf den offenen Brief

1. Der offene Brief und die Forderungen

In einem offenen Brief[1] wandten sich im Februar 2022 rund 500 Ärzt*innen, Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen mit einer Reihe von Forderungen an die zuständige Bundesrätin, die kantonalen Sozialdirektor*innen, die kantonalen Justiz- und Polizeidirektor*innen, die Migrationsämter, die Kantonsärzt*innen sowie an weitere Politiker*innen. Im offenen Brief übten die Fachleute im Rahmen einer Kampagne, koordiniert von Solinetz Zürich, NCBI Schweiz und terre des hommes schweiz, Kritik an der inhumanen Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden im Nothilfesystem.

Rund 6500 abgewiesene Asylsuchende inklusive 2372 Langzeitbeziehende, darunter 1061 Kinder, leben in der Schweiz im Nothilfesystem, oft jahrelang unter prekären und unmenschlichen Bedingungen: In extremer Armut, viele in menschenunwürdigen Unterkünften, sozial isoliert, zum Teil sogar mit einem Verbot von ehrenamtlicher Beschäftigung sowie mit ungenügender medizinischer Versorgung. Die Nothilfe wurde als vorübergehende Lösung über einige Monate für die Deckung der Grundbedürfnisse nach Art. 12 BV konzipiert. Als Langzeitmassnahme ist sie unhaltbar, zermürbend und unmenschlich. Es sind Langzeitbezüger*innen bekannt, die ihr Leben seit 5, 10 oder mehr Jahren im Nothilfesystem fristen.

Die Folgen, die sich aus diesen krankmachenden Lebensumständen langfristig ergeben, sind den Fachleuten bekannt. Es resultieren Beschwerden wie Schlaflosigkeit, Stresssymptome und Angstzustände, Apathie, sozialer Rückzug, Depressionen, Aggressivität, erhöhte Suizidalität, Suchtverhalten, psychosomatische Störungen, post-traumatische Belastungsstörungen respektive Retraumatisierungen, körperliche Beschwerden wie Kopfschmerzen, Magendarmsymptome, geschwächtes Immunsystem sowie erhöhte Anfälligkeit für Infektionskrankheiten.[2]

Deswegen wurde im offenen Brief gefordert:

1. **Deckung des Grundbedarfs statt Nothilfe**
2. **Schliessung der lagerartigen Unterkünfte; Unterbringung der Betroffenen in Wohnungen und Wohngemeinschaften**
3. **Aufhebung aller unbegründeten Ein- und Ausgrenzungen; Verzicht auf willkürliche Verhaftungen und wiederkehrende Haft- und Geldstrafen für den Tatbestand des illegalen Aufenthaltes**
4. **Recht auf eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Tagesstruktur, Bildung, Beschäftigung, Arbeit, kulturelle und Freizeitangebote)**
5. **Gewährleistung der medizinischen und psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung, Zugang zu psychosozialen Dienstleistungen**
6. **Kinderrechtskonforme Bedingungen für abgewiesene Familien und ihre Kinder**
7. **Regularisierung des Aufenthaltes von abgewiesenen Geflüchteten, die seit mehreren Jahren im Nothilferegime gefangen sind**

An einer öffentlichen Veranstaltung zum offenen Brief am 21. März 2022 mit Fachpersonen und dem Präsidenten der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

[1] Für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden – ein offener Brief. Link: https://solinetz-zh.ch/wp-content/uploads/Offener-Brief-humane-Behandlung-abg-Asy-Feb22.pdf

[2] Basis des offenen Briefes ist der Bericht: Das Nothilfesystem für abgewiesene Asylsuchende – ein Bericht zu den psychischen Gesundheitsfolgen. Analyse der sozialen, psychischen und gesundheitlichen (Un)Zumutbarkeit der Zustände im Nothilferegime. Januar 2022, Urs Ruckstuhl et al.

Fredy Fässler, Regierungsrat St. Gallen, stand folgende Frage im Zentrum: Ist das Leiden der abgewiesenen Asylsuchenden in der Nothilfe eine Nebenwirkung des Systems oder ein Druckmittel?

Die Kantone haben Handlungsspielraum bei der Umsetzung des Nothilfesystems. Dies zeigen die Antworten aus den Kantonen und die erheblichen Unterschiede bei der Umsetzung der Nothilfe. Sie entscheiden, wie die Nothilfe im Kontext der Menschenwürde und Gesundheitsschädigung ausgelegt wird und wer als «vulnerable Person» welche zusätzliche Hilfe erhält. Im Folgenden werden deshalb primär die kantonalen Antworten auf den offenen Brief präsentiert und aufgezeigt, wie Kantone diese Spielräume zugunsten der Betroffenen nutzen können und dies teilweise auch tun.

Föderalismus kann nicht rechtfertigen, dass in manchen Kantonen Abgewiesene in der Regel in Wohnungen leben und sie in anderen über Jahre hinweg nur während der Nacht einen Schlafplatz erhalten. In manchen Kantonen ist das psychische Leiden in der Nothilfe nicht nur eine Nebenwirkung, sondern ein beabsichtigtes Druckmittel, um den Willen der Abgewiesenen zu brechen.

2. Die Antworten von Behörden, Ämtern und Verbänden

Zehn Kantone haben mit einer inhaltlichen Stellungnahme auf den offenen Brief geantwortet. Weitere sechs Kantone haben den offenen Brief bloss zur Kenntnis genommen und formell beantwortet. Leider haben sechs Kantone gar keine Stellung bezogen. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) und die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) haben gemeinsam eine zweiseitige Antwort verfasst, auf welche vier Kantone verwiesen haben. Ebenfalls geantwortet haben einzelne Politiker*innen, Kantonsärzt*innen sowie die Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS).

2.1 Der nationale Rahmen für die Nothilfe

Die Antworten der meisten verantwortlichen kantonalen Behörden weisen in aller Regel auf die gesetzlichen Bestimmungen im Asylgesetz (AsylG) hin und betonen, dass abgewiesene, Nothilfe beziehende Asylsuchende ein reguläres Asylverfahren durchlaufen, einen rechtskräftigen Wegweisungsentscheid erhalten haben und sich deshalb ohne Aufenthaltsrecht, also illegal, in der Schweiz aufhalten. Das Ausländer- und Asylrecht liegt in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Das Asylgesetz (Art. 81 und 82 Abs. 1, 3 und 4) regelt die Nothilfe. Es will Fehlanreize verhindern und die Ausreise der abgewiesenen Asylsuchenden über Einschränkungen und ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen sicherstellen. Dabei wird in manchen, aber weitaus nicht allen Kantonen jede Massnahme, die zur Integration beitragen könnte, vermieden (Arbeits-, Beschäftigungs- und Bildungsverbot) und es werden nur die zum Überleben notwendigen Leistungen erbracht (Übergang von Sozialhilfe zur Nothilfe, Sozialhilfestopp): provisorische Unterbringung, finanzielle Beiträge weit unter jedem Existenzminimum, nur Grundleistungen der Krankenversicherung, Besuch einer Art Schule für die schulpflichtigen Kinder.

Die Ausgestaltung der Nothilfe ist Sache der Kantone. Die Rechtsanwendung der Kantone wird durch detaillierte Weisungen des Staatssekretariats für Migration (SEM) festgelegt. Sie schränken deren Gestaltungsspielraum stark ein, lassen aber Möglichkeiten, ihn zugunsten der Betroffenen zu nutzen. Weitere Grundlagen sind die Empfehlungen der SODK zur Umsetzung der Nothilfe für ausreisepflichtige Personen von 2012 sowie die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) von 2021.

Artikel 12 der Bundesverfassung gilt auch für das Nothilfesystem. Er besagt, dass wer in Not gerät, Anspruch hat auf die «Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.» Welche Kriterien dafür angewendet werden, bleibt unbeantwortet. Mehrere Kantone bieten zusätzliche Unterstützung für «vulnerable» Personen an (Familien mit kleinen Kindern, kranke Menschen usw.), obwohl die Umsetzung stark variiert. Das Bundesgericht vertritt in der Tat die Überzeugung, dass Nahrung, Kleidung, Obdach und medizinische Grundversorgung den Geboten der Menschenwürde genüge[3]. Es ist jedoch ernsthaft zu bezweifeln, ob eine so eng gezogene Interpretation von Nothilfe dem menschen- und völkerrechtlichen Verständnis von Menschenwürde entspricht. Vor allem bei Langzeitbeziehenden (mehr als ein Jahr in der Nothilfe), rücken dabei weitergehende Grundrechte in den Vordergrund wie z.B. ein Recht auf Existenzminimum sowie völkerrechtlich im UNO Pakt I vorgesehene Grundrechte der gesellschaftlichen Teilhabe.

2.2 Kantonale Unterschiede in der Umsetzung der Nothilfe

Einige Kantonsvertreter*innen sehen laut ihren Antworten auf den offenen Brief durchaus das Dilemma zwischen Asylgesetz, Menschenrechten und humanitären Grundwerten. Sie anerkennen die schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen eines langjährigen Verbleibs in der Nothilfe und bedauern die Härten des Nothilferegimes. Das Dilemma fasst Kaspar Sutter, RR Basel-Stadt, zusammen: «Den betroffenen Personen innerhalb des vorgegebenen rechtlichen Rahmens für die Zeit bis zu ihrer Ausreise ein möglichst würdiges Dasein zu ermöglichen, ist seit vielen Jahren eine Herausforderung — auch für den Kanton Basel-Stadt. Speziell im Fall von langfristigem Nothilfebezug ist es schwierig, sowohl der Logik und Kohärenz des Asylrechts wie auch humanitären Grundwerten gerecht zu werden.»[4]

Alle Kantone weisen auf die nationale Gesetzgebung und die Vorschriften des SEM zur Ausgestaltung der Nothilfe sowie ihre Pflicht hin, diese umzusetzen. Es entsteht so der Eindruck, dass diese Kantone kaum Handlungsspielraum bei der kantonalen Umsetzung der Nothilfe für abgewiesene Geflüchtete sehen (möchten) und sich dementsprechend aus der Verantwortung für allfällige Menschenrechtsverletzungen und Gesundheitsschädigung in der Nothilfe ziehen. Die Praxis zeigt jedoch, dass manche Kantone ihre Verantwortung bei der Umsetzung nicht zu scheuen versuchen.

Wichtig ist, dass mehrere Kantone bei einer Antwort auf den offenen Brief mehr oder weniger ausführlich darlegen, wie sie das Nothilferegime für abgewiesene Asylsuchende innerhalb des kantonalen Gestaltungsraumes mit Rücksicht auf das Recht auf einem menschenwürdigen Dasein umsetzen. Somit zeigen sie auf, dass andere Kantone ihre Handlungsspielraum nicht genügend wahrnehmen.

Für eine ausführliche juristische Erörterung des Verhältnisses von Bundesverfassung, Bundesgesetz (AsylG) und subsidiärem Zuständigkeitsbereich der Kantone für die Sozial- bzw. Nothilfe siehe Gmür (2022).

Im Folgenden werden primär anhand Stellungnahmen der Kantone die kantonalen Gestaltungsspielräume bei der Umsetzung der Nothilfe ausgelotet, bei denen sie die Grundrechte auf Existenzsicherung und Menschenwürde besser berücksichtigen könn(t)en. Es werden Beispiele einzelner Kantone gegeben, die den Spielraum des Bundesgesetzes hinsichtlich humanitärer Grundwerte bei Grundbedarf, Unterbringung, Beschäftigung, Repression, gesellschaftlicher Teilhabe u.A. nutzen. Alle Stellungnahmen finden sich im Anhang. Weitere Quellen, die hinzugezogen wurden, sind referenziert.

[3] Gmür, Daniel, Persönliche Hilfe in Notlagen. S. 20
[4] Alle Stellungnahmen im Anhang

2.2.1 Deckung des Grundbedarfs statt Nothilfe

Laut Gesetz müssen die Ansätze für abgewiesene Asylsuchende unter jenen der Asylsozialhilfe liegen. Wieviel wird jedoch nicht vorgeschrieben. Erläuterungen dazu weiter unten.

Möglichkeiten, die prekäre Situation der Betroffenen zu verbessern, können kantonale Sozialhilfegesetze bieten. Eine solche weitergehende Unterstützung erwähnt in der Stellungnahme auf den offenen Brief der Regierungsrat des **Kantons Basel-Landschaft**, Dr. Anton Lauber: «Des Weiteren trägt der Kanton, zu der von Ihnen erwähnten gesetzlichen Nothilfe, die Kosten für Unterbringung, die obligatorische Krankenversicherung […] und weitere notwendige Kosten gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz.» *RR Dr. Anton Lauber*

Generell ist festzuhalten, dass die Nothilfebeiträge zur Deckung des Grundbedarfs kantonal eine Bandbreite haben: Fr. 00.00 (nur Naturalien und Gutscheine), Fr. 7.50 (Kanton Aargau), Fr. 8.50 (Kanton Zürich), Fr. 10.- (Kanton Bern), Fr. 12.- (Basel-Stadt, heisst 40% höher als Kanton Zürich und 60% höher als Kanton Aargau).[5]

Der Regierungsrat des **Kantons Basel-Stadt**, Kaspar Sutter, führt in seiner Antwort folgendes aus: «In begründeten Ausnahmefällen, insbesondere bei Familien mit minderjährigen Kindern und unbegleiteten Minderjährigen, werden die Ansätze der Nothilfe bis zu den Ansätzen für Asylsuchende angehoben (z.B. spezielle Ausgaben für Kinder)». *RR Kaspar Sutter*

Der **Kanton Schaffhausen** hat auf den offenen Brief nicht geantwortet, folgende Zahlen stammen jedoch aus einer Zusammenstellung der SODK: Der **Kanton Schaffhausen** setzt den Nothilfeansatz so an, dass er knapp unter der Asylsozialhilfe liegt. Laut der SODK-Zusammenstellung von 2021 hat der Kanton Schaffhausen «Ähnliche Unterstützungsansätze wie Asylsuchende; geringfügig tieferer GBL.»[6] (GLB = Grundbedarf für den Lebensunterhalt).

Laut Asylgesetz muss die Sozialhilfe für Personen, welche sich im Asylverfahren befinden (Asylsozialhilfe), unter den Ansätzen der ordentlichen Sozialhilfe (Unterstützung der einheimischen Bevölkerung) liegen (Art. 82 Abs. 3 AsylG). Sie liegt beim Grundbedarf je nach Kanton zwischen 20 und 60 Prozent unter den Ansätzen der ordentlichen Sozialhilfe.[7] Die Ansätze für abgewiesene Asylsuchende, das heisst ausreisepflichtige Personen, für Personen mit laufendem Mehrfachgesuch und Personen mit Nichteintretensentscheid (NEE Dublin) müssen wiederum unter jenen der Asylsozialhilfe liegen. Zum Grundrecht auf Hilfe in Notlagen gehören neben Kosten für die Unterbringung und obligatorische Krankenversicherung auch Minimalansätze zur Deckung des täglichen Grundbedarfs. Die Umsetzung zeigt, dass die Kantone dabei unterschiedlich entscheiden.

Fazit

Die erwähnten Beispiele sowie die rechtlichen Grundlagen zeigen, dass die Kantone bei der finanziellen Unterstützung der Betroffenen erheblichen Handlungsspielraum haben. Das Bundesrecht sieht selbst für vulnerable Personen (Kinder, Familien, Schwangere, Kranke, unbegleitete Minderjährige) ausser bei der Unterkunft keine grosszügigere Unterstützung vor. Kantone können jedoch je nachdem gemäss kantonalem Recht eine weitergehende Unterstützung für vulnerable Personen gewähren, was mehrere Kantone in vielen Fällen auch anbieten. Die Umsetzung variiert stark und die unklare Definition von «vulnerabel» lässt Fragen offen: Beispielsweise werden Schwangere und Neugeborene nicht konsequent als vulnerabel behandelt; sie wohnen je nach

[5] Siehe Solikarte, Nothilfe pro Kanton, auf Basis von SODK-Tabelle der Unterstützungsleistungen
[6] SODK-Tabelle der Unterstützungsleistungen
[7] Gmür, Daniel, Persönliche Hilfe in Notlagen, S. 12f

Kanton teilweise mit alleinstehenden Männern in engen Verhältnissen mit minimalen Tagesansätzen ohne Gelder für die speziellen Bedürfnisse des Kindes und der Mutter.

Da die Ansätze der finanziellen Unterstützung in der Nothilfe nicht genau, sondern lediglich relativ zur Sozialhilfe und Asylsozialhilfe definiert sind, obliegt es einzig den Kantonen, diese zugunsten der Menschenwürde der Betroffenen anzusetzen.

2.2.2 Schliessung der lagerartigen Unterkünfte; Unterbringung der Betroffenen in Wohnungen und Wohngemeinschaften

Die Unterschiede bei den Wohnbedingungen von abgewiesenen Asylsuchenden sind je nach Kanton erheblich. Manche Kantone bieten Wohnungen und Wohngemeinschaften. Einige Kantone wie z.B. der Kanton Zürich beherbergen dagegen abgewiesene Asylsuchende über Jahre trotz grossen Protests in unterirdischen Bunkern ohne Tageslicht oder Fenster. Dies hat starke negative Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit.

Einige Kantone, so u.a. die Kantone Aargau, Obwalden, Basel-Landschaft und Basel-Stadt ermöglichen wenigstens besonders vulnerablen Personen eine angemessene Unterbringung, wie folgende Aussagen bezeugen. Allerdings schreibt dies das Asylgesetz (Art. 82 3bis) ohnehin vor:

«Der **Kanton Aargau** ist bestrebt, bei ausreisepflichtigen Familien mit Kindern eine Unterbringung zu gewährleisten, die insbesondere auch den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird. Gleiches gilt für Personen, die psychisch und/oder physisch belastet sind.» *RR Jean-Pierre Gallati*

Kanton Obwalden: «Vulnerable Personen dürfen in den Strukturen des Kantons wohnen bleiben. Diese Regelung betrifft Betagte, Familien, Frauen und beeinträchtige Personen. Somit gibt es keine Kinder in der Notunterkunft, sondern nur gesunde männliche Einzelpersonen. Die Unterbringung im Kanton Obwalden ist dezentral organisiert. Wir mieten für alle uns zugewiesenen Personen Wohnungen. Wir führen deshalb keine Durchgangzentren. Somit sind alle vulnerablen Personen in Wohnungen untergebracht.» *Raphael Brüschweiler, Asyl- und Flüchtlingskoordinator*

Kanton Basel-Landschaft: «Der Kanton führt keine Ausschaffungszentren. Auch die abgewiesenen Asylsuchenden sind in den Gemeinden untergebracht. Die Gemeinden, die für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig sind, beherbergen diese Menschen mehrheitlich in individuellen Wohnungen oder in Kollektivunterkünften (Wohngemeinschaften). Ebenso steht ihnen die Möglichkeit einer privaten Unterbringung offen.» *RR Dr. Anton Lauber*

«In **Basel-Stadt** werden vulnerable Personen (unbegleitete Minderjährige, alleinstehende Mütter mit Kind(ern), Familien, alte und gebrechliche Menschen, Menschen mit gravierenden Gesundheitsproblemen und/oder Behinderungen) in besonderen Strukturen der Sozialhilfe untergebracht (Asylliegenschaften)».
«Im Kanton-Basel Stadt sind wir bestrebt, innerhalb des gegebenen rechtlichen Rahmens die Bedingungen für abgewiesene Asylsuchende zu verbessern. So setzen wir aktuell die Forderungen der Motion Oliver Bolliger betreffend «Würdige Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehender Asylsuchenden» um: Ab I. April 2022 können abgewiesene Asylsuchende mit mehr als sechs Monaten Nothilfebezug in Liegenschaften der Sozialhilfe untergebracht und Gastverhältnisse von Privatpersonen, die abgewiesene Asylsuchende beherbergen, offizialisiert werden». *RR Kaspar Sutter*

Kanton Fribourg: «Wir nehmen speziell auf Kinder Rücksicht, die zusammen mit ihren Eltern von besonderen Standards für vulnerable abgewiesene Personen profitieren. Sie können bis zur Ausschaffung in ihren Wohnungen bleiben». (Original frz.) *RR Philippe Demierre*

In manchen Kantonen sind jedoch auch vulnerable Personen in kollektiven Notunterkünften mit schlechten Bedingungen untergebracht.

Fazit

Die Rechtsprechung hält Kollektivunterkünfte, auch so fragwürdige wie unterirdische Bunkeranlagen, bei nicht besonders vulnerablen Personen für zulässig.[8] Im Bericht *Das Nothilfesystem für abgewiesene Asylsuchende – ein Bericht zu den psychischen Gesundheitsfolgen*, der dem offenen Briefes zugrunde liegt, wurde aufgezeigt, dass viele dieser Einrichtungen die psychische und physische Gesundheit der Bewohner*innen unterhöhlen und durch das Fehlen jeder Rückzugsmöglichkeit und Wahrung der Intimität den Kern des Selbstbewusstseins angreifen. Das in der Verfassung garantierte Grundrecht auf Menschenwürde (Art.7 BV) wird dabei grob verletzt.

Kollektivunterkünfte bieten auch weniger Schutz für Frauen. Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter kam in einer 2022 veröffentlichten Untersuchung zum Schluss: «Der Schutz von Frauen ist in den besuchten RZB (Rückkehrzentren Bern) nicht umfassend gewährleistet. Insbesondere alleinstehende Frauen leben in den Zentren isoliert, weil sie sich nicht sicher fühlen. Zum einen ist der unzureichende Schutz den baulichen Begebenheiten der RZB geschuldet. Zum anderen sind die Zentrumsleitungen zum Teil ungenügend über die Pflichten des Schutzes von Frauen, insbesondere vor Belästigungen und Gewalt, informiert und sensibilisiert.»[9]

Aus oben zitierten Antworten ausgewählter Kantone ist ersichtlich, dass diese bei der Unterbringung Überlegungen zur Menschenwürde und anderen humanitären Grundwerten Bedeutung zumessen. Primär bei vulnerablen Personen werden Möglichkeiten gesucht und immer wieder auch gefunden, diese in würdigen Unterkünften wie Wohnungen unterzubringen oder ihnen auch private Unterbringung zu erlauben. Mithin wird angenommen, dass alleinstehende Männer generell nicht vulnerabel sind, obwohl ein grosser Teil von ihnen traumatisiert ist.

Es ist erstens zu hoffen, dass andere Kantone durch diese positiven Beispiele motiviert sind, es diesen gleichzutun und zweitens, dass solche Bemühungen auch auf bisher offiziell nicht-vulnerable Personen ausgedehnt werden. Manche Kantone wie beispielsweise Obwalden, Schaffhausen und Uri bieten Wohnungen und Wohngemeinschaften an und verzichten auf Kollektivunterkünften für Abgewiesene.[10] Hier zeigt sich sonst noch wenig Bereitschaft, Kollektivunterkünfte zugunsten von individuellen Lösungen aufzugeben, obwohl dies möglich wäre.

2.2.3 Aufhebung aller Ein- und Ausgrenzungen; Verzicht auf willkürliche Verhaftungen und wiederkehrende Haft- und Geldstrafen für den Tatbestand des illegalen Aufenthaltes

Zu diesem Aspekt der Nothilfe gab es fast keine Rückmeldungen der Kantone. Einzig der Regierungsrat Basel-Landschaft, Dr. Anton Lauber, meint dazu: «Die Umsetzung des Vollzugs der ausländerrechtlichen Massnahmen ist in unserem Kanton die Aufgabe des Amtes für Migration und Bürgerrechte. Diese Aufgabe wird nach unserem Wissen so situativ wie möglich umgesetzt. Dabei werden Rayonverbote nur zurückhaltend und begründet verfügt und können auf dem ordentlichen Rechtsweg angefochten werden.» *RR Dr. Anton Lauber*

[8] Gmür, Daniel, Persönliche Hilfe in Notlagen
[9] Nationale Kommission zur Verhütung von Folter, Überprüfung der Rückkehrzentren des Kantons Bern, S. 29
[10] Solikarte, Nothilfe pro Kanton; SODK-Tabelle der Unterstützungsleistungen

Die Bandbreite, in der Kantone polizeiliche Repression als Druckmittel verwenden, ist nach Erfahrung der drei unterzeichnenden Organisationen gross. Wer Zugang zur Rechtsvertretung hat, kann diese oft erfolgreich anfechten; leider fehlt diese in der Regel. Die Rechtslage zur Ausreisepflicht von Personen mit einem rechtsgültigem Wegweisungsentscheid ist mehr oder weniger klar, aber eine Busse darf nur ausgesprochen werden, wenn eine Ausreise möglich wäre. Wenn beispielsweise Papiere fehlen, können Bussen vor Gericht erfolgreich angefochten werden und manchmal erhalten Abgewiesene sogar eine Wiedergutmachung für ihre Zeit im Gefängnis. Die Umsetzung solcher Zwangsmassnahmen ist weniger eine Frage des Gesetzes als ein Zeichen der Haltung einer Regierung, von Behörden und umsetzenden Personen gegenüber den Dilemmata und Paradoxien zwischen menschenwürdiger Hilfe und repressivem Druckmittel im Nothilfesystem. Es sind Kantone bekannt, die das repressive Instrumentarium des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) ausschöpfen, andere, die zurückhaltend damit umgehen.

Stossend ist zum Beispiel das Mittel der Durchsetzungshaft, das immer wieder fragwürdig und unzulässig eingesetzt wird.[11]

Je nach Kanton dürfen manche Abgewiesene - unabhängig von ihren Handlungen – die Gemeindegrenze nicht übertreten, andere dürfen in andere Kantone gehen. Manche werden immer wieder in der vom Kanton zugewiesenen Unterkunft, oft direkt aus dem Bett heraus, wegen illegalen Aufenthalts festgenommen, andere erleben das nie. Manche bekommen Geldstrafen von mehr als Fr. 1000.- deswegen, andere Kantone haben scheinbar damit aufgehört. Solche politischen Haltungen, die von Zeit zu Zeit verändert werden, werden nicht veröffentlicht. Hier zeigt sich auch ein grosser kantonaler Handlungsspielraum. Manche Kantone nutzen die repressiven Instrumentarien des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) zurückhaltend (z.B. Basel-Landschaft), und andere, wie z.B. der Kanton Zürich, wenden das ganze Repertoire möglicher Abschreckungs- und Zwangsmassnahmen exzessiv und oft wiederholt auf Personen im Nothilferegime an: wiederholte Polizeikontrollen und Festnahmen zur Feststellung der Identität (Art 73); Ein- und Ausgrenzung (Art. 74); Vorbereitungshaft (Art. 75); Ausschaffungshaft (Art. 76); Durchsetzungshaft (Art 78). Hinzu kommen noch schikanöse Massnahmen wie zweimaliges Unterschreiben pro Tag für den Tagesansatz in den Ausreisezentren und die Unterbringung in Bunkeranlagen.

[11] Im Tagesanzeiger vom 13. September 2022 werden zwei Fälle geschildert, einer eines Eritreers, der in Durchsetzungshaft genommen wird. «Das Zürcher Migrationsamt will ihn damit zwingen, die nötigen Dokumente für die Rückreise in seine Heimat zu beschaffen. Nur: Der Mann müsste dafür bei den eritreischen Behörden eine Deklaration unterschreiben, in der er sich für schuldig erklären würde, den Nationaldienst nicht absolviert zu haben. Das kommt einem Verbrechen gleich, das in Eritrea drakonisch bestraft wird. Der Mann würde mit seiner Unterschrift einer solchen Strafe zustimmen». Doch «Durchsetzungshaft ist zum Beispiel nur zulässig, wenn das, was die Behörden verlangen, für den Betroffenen zumutbar ist.» Die Anwältin Antigone Schobinger meint zu diesem Fall: «Der Staat darf niemand dazu zwingen, sich selbst anzuzeigen.»
Im selben Artikel wird der Fall einer Familie mit drei Kindern geschildert. Um zu verhindern, dass sie vor ihrer geplanten Ausschaffung untertauchen, werden die Kinder in ein Heim, die Eltern ins Gefängnis gesteckt. «Ausschaffungshaft wiederum darf nur angewendet werden, wenn eine reale Gefahr besteht, dass die Betroffenen untertauchen. Bei einer fünfköpfigen Familie sei das mitten im Winter wohl kaum gegeben, befand das Zwangsmassnahmengericht.»
Diese Fälle sind exemplarisch dafür, dass Beschwerden laut sachkundigen Anwältinnen überdurchschnittlich oft erfolgreich seien. Tagesanzeiger 13.09.2022, Bis zu 18 Monate Haft ohne Rechtsvertretung, Liliane Minor

Fazit

Darüber, warum es zu diesem Punkt kaum Rückmeldungen gab, soll an dieser Stelle nicht spekuliert werden. Klar ist, Massnahmen wie wiederholte Inhaftierungen, unbezahlbare Bussgelder oder das erwähnte zweimal tägliche Unterschreiben sind psychisch extrem belastend für die Betroffenen. In diesem Bereich herrscht viel Behördenwillkür und es können sowohl auf politischer als auch auf Behörden- und ausführender Ebene Entscheide getroffen werden, die sehr grossen Einfluss haben auf das Wohlergehen der Betroffenen. Die oben genannten Massnahmen werden zum Zweck der Zermürbung der abgewiesenen Asylsuchenden eingesetzt. Zum Ausreisen bringen solche Zermürbungsstrategien offensichtlich nur wenige Menschen, was die Zahlen der Langzeit-Nothilfebeziehenden zeigen. Kantone sollten sich mit diesem Thema sowohl auf Regierungs- als auch auf Behördenebene beschäftigen. Sie sollten vorhandene informelle Regeln menschenwürdig anpassen sowie entsprechende Steuerungsinstrumente wie zum Beispiel Weisungen erlassen, auf solche willkürlichen oder systematischen repressiven Massnahmen zu verzichten.

2.2.4 Recht auf eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Tagesstruktur, Bildung, Beschäftigung, Arbeit, kulturelle und Freizeitangebote)

Laut Asylgesetz darf die Integration bei ausreisepflichtigen abgewiesenen Asylsuchenden nicht staatlich gefördert werden. In einigen Kantonen scheinen die Verantwortlichen sich jedoch bewusst zu sein, dass soziale Isolation der Betroffenen nicht mit den humanitären Grundrechten vereinbar ist und auch sozial- und wirtschaftspolitisch wenig Sinn macht. In etlichen der Antworten werden diesbezügliche Angebote der Kantone beschrieben. Andere scheinen diesen Zusammenhang noch nicht erkannt zu haben.

Kanton Aargau: «Dem Kantonalen Sozialdienst ist bewusst, dass sich Personen in der Nothilfe oft in einer schwierigen Situation mit wenig Perspektiven befinden. Das kann sich auch auf die Gesundheit auswirken. Er stellt daher sicher, dass die medizinische Grundversorgung für Ausreisepflichtige jederzeit gewährleistet ist. Seit kurzem bietet er psychisch belasteten Personen die Möglichkeit, an Beschäftigungsprogrammen teilzunehmen, um sich gesundheitlich zu stabilisieren. Zudem stehen weitere niederschwellige Angebote in den Gemeinden, organisiert von Freiwilligenorganisationen, auch ausreisepflichtigen Personen zur Verfügung.» *RR Jean-Pierre Gallati*

Kanton Basel-Landschaft: «Auch können sie (die abgewiesenen Asylsuchenden, Anm. Red.) an durch den Kanton finanzierten Beschäftigungsprogrammen (Tagesstruktur) teilnehmen.» *RR Dr. Anton Lauber*

Kanton Basel-Stadt: «Für abgewiesene Asylsuchende gilt gemäss Bundesrecht ein Erwerbsverbot. Als Sozial- und Wirtschaftsdirektor würde ich es jedoch begrüssen, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen dürften. Das Bundesrecht sieht aber nicht ein generelles Beschäftigungsverbot vor. In Basel-Stadt dürfen Nothilfebezügerinnen und -bezüger an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Ziel ist in erster Linie, eine sinnvolle Tagesstruktur zur Verfügung zu stellen».

Bezüglich Ausbildungen:
«Im **Kanton Basel-Stadt** werden jugendliche Nothilfebeziehende bezüglich der Teilnahme an einer beruflichen Grundbildung gleichbehandelt wie jugendliche Sans-Papiers. Der Kanton setzt hier den Schwerpunkt bei der Ermöglichung einer selbstständigen Zukunft für Jugendliche und junge Erwachsene. Eine Berufslehre stellt selbst bei einer allfälligen späteren Rückkehr ins Herkunftsland eine gute Investition dar.» *RR Kaspar Sutter*

Kanton Fribourg: «Ich halte noch fest, dass abgewiesene Personen in der Unterkunft Rosière in Grolley regelmässig an Aktivitäten in Zusammenhang mit der Unterkunft teilnehmen: Gärtnern, Unterhalt des Hühnerstalls, Früchteernte, sportliche und Freizeitaktivitäten, auch mit Freiwilligen.»

Bezüglich Ausbildungen: «Betreffs jungen Leuten, die sich in Ausbildung befinden, insbesondere den Jungen, die als unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) in die Schweiz kamen: unser Kanton erlaubt ihnen, ihre Ausbildung zu beenden, wenn sie einen negativen Entscheid und Ausweisebefehl aus der Schweiz erhalten. Im Gegenzug müssen sie für die Rückkehr in ihr Land kollaborieren.» (Original frz.) *RR Philippe Demierre*

Kanton Genf : «Ich bin wie Sie sensibel für die Situation von abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die aus verschiedenen Gründen über viele Jahre hinweg Nothilfe beziehen und sich so in einer sehr prekären Situation befinden. Diese Situation ist besonders schwierig für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung.

Aus diesem Grund habe ich entschieden, dem Hospice général, das für die Betreuung von Migrant*innen im Asylbereich in Genf zuständig ist, zu gestatten, von den Vorschriften und den geltenden Richtlinien abzuweichen, damit Kinder und junge Erwachsene im Alter von 4 bis 25 Jahren in den Genuss von diversen zusätzlichen finanziellen Mitteln kommen können, wenn sie eine Ausbildung absolvieren.»

Bezüglich Beschäftigung:
«Für Eltern setze ich mich für eine Lockerung der Zugangsbedingungen für eine Beschäftigung ein, damit ein Antrag auf Regularisierung der Aufenthaltsbedingungen nach Artikel 14 des Asylgesetzes (AsylG) in Betracht gezogen werden kann.» (Original frz.) *RR Thierry Apothéloz*

Kanton Schaffhausen: «Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen, Qualifizierungsmassnahmen möglich» für Ausreisepflichtige.[12] (Quelle SODK-Tabelle)

Kanton Schwyz: «Seit März 2021 können Personen, die sich seit mindestens einem Jahr in der Nothilfe befinden, von jeweils März bis November gemeinnützige Arbeiten wie Waldräumungen, Landschaftspflege und Neophyten-Bekämpfung, aber auch Einsätze in einem Altersheim verrichten. Dieses Arbeitsmodell für Langzeit-Nothilfebeziehende ist jeweils für alle Teilnehmenden vertraglich geregelt, klar befristet und als Rückkehrprojekt definiert. Dies geschieht im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes, welches die Caritas Fachstelle Bildung und Integration, ebenfalls im Auftrag des Kantons Schwyz, bereits für Migrantinnen und Migranten mit geregeltem Aufenthaltsstatus anbietet.»[13] (Quelle Caritas)

Fazit

Abgewiesene Asylsuchende mit Wegweisungsentscheid für die Dauer von drei, fünf, zehn Jahren von jeder gesellschaftlichen Teilhabe abzuschneiden ist möglich, wird durch die Rechtsprechung gedeckt und in vielen Kantonen praktiziert.

Aus etlichen der Antworten geht hervor, dass gerade dieser Punkt des Abschneidens von jeglicher gesellschaftlichen Teilhabe der Betroffenen von manchen Kantonen als sehr problematisch und wenig sinnvoll angesehen wird. Tagesstruktur und Beschäftigung wirken präventiv bei psychischer Gefährdung und werden auch als wichtiger psychischer Stabilisator anerkannt. Da das Bundesrecht kein generelles Beschäftigungsverbot vorsieht, dürften in etlichen Kantonen abgewiesene

[12] SODK-Tabelle der Unterstützungsleistungen
[13] Caritas Schweiz, Ein innovatives Projekt für abgewiesene Asylsuchende

Asylsuchende an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Es gibt zumindest zwei kantonale Vertreter, die den Zugang zu Erwerbsarbeit generell oder zumindest für Eltern begrüssen würden.

Ein paar kantonal Verantwortliche sehen besonders die berufliche Grundausbildung für Jugendliche als wichtig und sinnvoll an und ermöglichen diese unabhängig vom Aufenthaltsstatus der jungen Menschen.

2.2.5 Gewährleistung der medizinischen und psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung, Zugang zu psychosozialen Dienstleistungen

Es ist hier darauf hinzuweisen, dass das Grundanliegen des offenen Briefes darauf abzielt, die krankmachenden Lebensbedingungen für abgewiesene Asylsuchende zu verbessern. Der Bericht *Das Nothilfesystem für abgewiesene Asylsuchende*, der dem Brief zugrunde liegt, zeigt die vielfältigen pathogenen Elemente in den im Nothilferegime realisierten psychosozialen Lebensbedingungen, die darauf angelegt sind, eine zusätzliche Schädigung der Betroffenen im Aufnahmeland Schweiz zu verursachen. Gleichzeitig müssen aber die Schranken, die den speziellen, z.B. psycho- und traumatherapeutischen Versorgungsbemühungen für Betroffene mit besonders ausgeprägter Symptomatik im Wege stehen, entschiedener aus dem Wege geräumt werden (z.B. Dolmetscher*innen).

Diese Kritik wird auch von der NKVF im Bericht zu den Rückkehrzentren im Kanton Bern (RZB) (2022) bestätigt: "Die unbefriedigende Situation, in der die Bewohnenden der RZB leben, spiegelt sich im gesundheitlichen Zustand der Menschen. Viele der Bewohnenden leiden unter Depressionen und Angststörungen und fast alle weisen psychosomatische Beschwerden auf. Durch ein Gefühl von Perspektivenlosigkeit, der Angst vor der Polizei wegen des fehlenden Aufenthaltsstatus und vor der Rückführung in den Heimatstaat befinden sich diese Menschen in einem Dauerzustand von Anspannung und Stress. Dieser Zustand dauert teilweise Jahre an. Hinzu kommen die Lebensbedingungen und Regeln in den Zentren, welche die Bewohnenden in ihrer Freiheit wesentlich einschränken. »[14]

Das Gesetz sieht für abgewiesene Asylsuchende die obligatorische Krankenversicherung und eine medizinische Grundversorgung vor. Es besteht keine freie Arztwahl und der Zugang zu spezialisierten Angeboten ist in der Praxis je nach Kanton (sehr) erschwert. Mehr als dieses vorgeschriebene Minimum bieten die Kantone – ausgehend von den Antworten auf den offenen Brief - in der Regel nicht. Zwar könnte sich der Zugang zu Psychotherapie mit der Zulassung der psychologischen Psychotherapeut*innen zur Grundversicherung ab Mitte 2022 einfacher gestalten, doch bleiben die sprachlichen und Zuweisungshürden.

Immerhin bietet der **Kanton Aargau** wie bereits erwähnt psychisch belasteten Personen «die Möglichkeit an, an Beschäftigungsprogrammen teilzunehmen, um sich gesundheitlich zu stabilisieren» *RR Jean-Pierre Gallati*

Einen interessanten Ansatz verfolgt der **Kanton Fribourg**: «Aufgrund der Feststellung, dass gewisse Personen in der Nothilfe psychische Störungen aufweisen und um die Koordination zwischen den verschiedenen betroffenen Partnern zu erleichtern, wurde im Oktober 2020 eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Namen *Prävention für die abgewiesenen Asylsuchenden* geschaffen.» (Original frz.) *RR Philippe Demierre*

[14] Nationale Kommission zur Verhütung von Folter, Überprüfung der Rückkehrzentren des Kantons Bern, S. 29

Sie besteht aus Ärzt*innen, Fachkräften für Krankenpflege des Netzwerks der ORS, Verantwortlichen Personen beim Amt für Bevölkerung und Migration, der Kantonspolizei, des Dienstes für Sozialhilfe, der ORS, des Bundesasylzentrums und zweier Unterkünfte für abgewiesene Asylsuchende. Ein Ergebnis dieses Austausches war laut Regierungsrat Demierre die Einführung von Liaison-Konsultationen in den Unterkünften als Ergänzung zur wöchentlichen Anwesenheit der Pflegefachkräfte der ORS, die den Zugang zu Spezialist*innen im Rahmen der Grundversicherung erleichtern.

Ausserdem hat die Gruppe ein Koordinationsinstrument für Pflegefachkräfte, Ärzte des RFSM und andere involvierte Partner*innen entwickelt. «Dieses Instrument besteht aus Memo-Karten im Taschenformat, welche die Rollen der Partner erklären, eine Kontaktliste enthält, die gemeinsamen Prozesse in Zusammenhang mit einer Hospitalisierung beschreiben, das «typische» Asylverfahren, das Verfahren für kompliziertere Fälle sowie das Aufnahmeverfahren ins Krankenhaus, während des Spitalaufenthaltes und der Entlassung.» (Original frz.) *RR Philippe Demierre*

Von den angeschriebenen Kantonsärzt*innen haben nur sehr wenige reagiert. Der **Vorstand der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS)** verspricht, etwaige Massnahmen zu unterstützen. «Der Vorstand der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS) ist sich der Herausforderungen und Konsequenzen für die betroffenen Personen bewusst und wird im Austausch mit kantonalen, interkantonalen oder nationalen Stellen gemäss seinen Möglichkeiten und Zuständigkeiten Massnahmen zur Verbesserung der medizinischen und psychischen Situation von abgewiesenen Asylsuchenden unterstützen.» *Rudolf Hauri, Präsident VKS und Kantonsarzt Zug; Barbara Grützmacher, Vizepräsidentin VKS und Kantonsärztin Bern*

Fazit

Die Übernahme der Krankenversicherungsprämien sowie der Zugang zur medizinischen Grundversorgung sind gesetzlich vorgeschrieben. Laut Kenntnis der drei unterzeichnenden Organisationen findet die Grundversorgung in Kollektivunterkünften meist restriktiv reguliert statt (im besten Fall wöchentliche Anwesenheit einer Pflegefachkraft in den Zentren, kontrollierter Zugang zu Asylärzt*innen – in der Regel ohne professionelles Dolmetschen), der Zugang zu spezialisierten Fachpersonen ist aufgrund von Zuweisungs- und Übersetzungshürden erschwert. Extreme Notlagen werden immer wieder erst wahrgenommen, wenn es infolge eines psychotischen Zusammenbruchs zu einer Hospitalisierung oder einem Suizid(versuch) kommt.

Aus den Antworten auf den offenen Brief sind mit Ausnahme des Kantons Fribourg wenig Initiativen ersichtlich. Das Fribourger Gesundheitsmodell versucht durch bessere Absprachen und Koordination der verantwortlichen Instanzen und dank der Entwicklung einer Art Handbuch, Wahrnehmung, Indikation, Zuweisung von stark gefährdeten Personen an die Spezialist*innen sowie das Verfahren rund um eine Hospitalisierung zusammenzufassen und zu erleichtern.

Die Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte verspricht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Massnahmen zur Verbesserung der Situation zu unterstützen. Es wird gehofft, dass sowohl bei der Vereinigung als auch bei ihren Mitgliedern das Bewusstsein für die höchst prekäre, durch die Nothilfe teilweise verursachte gesundheitsgefährdende Situation von abgewiesenen Asylsuchenden geschärft ist und verstärktes Engagement für diese Personengruppe folgen wird.

Schliesslich stellt sich die Frage, was die im bereits erwähnten Art 12 BV enthaltene Umschreibung «hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung» beinhaltet. Die präventive Bedeutung vortherapeutischer psychosozialer Beratung ist für die Bewältigung schwieriger Lebensumstände besonders wichtig.

2.2.6 Kinderrechtskonforme Bedingungen für abgewiesene Familien und ihre Kinder

Die Lebensverhältnisse, die das Nothilferegime oft mehrfach traumatisierten Familien und Kindern zumutet, sind in aller Regel mit den Grund- und Kinderrechten nicht kompatibel. Familien müssen sich über Jahre in Kollektivunterkünften zusammen in einem Zimmer ohne Rückzugsmöglichkeiten und Intimsphäre aufhalten, sie leben ohne Sicherheit vor Belästigung (keine getrennten Toiletten), in Isolation von der Bevölkerung und oft für schulpflichtige Kinder nur mit zentrumsinterner Beschulung. Aus den erhaltenen Antworten auf den offenen Brief geht hervor, dass manche Kantone sich dessen bewusst sind.

Wie bereits in Punkt 2 und 3 aufgeführt, können im **Kanton Basel-Stadt** abgewiesene Asylsuchende mit Kindern in begründeten Einzelfällen höhere Unterstützungsbeiträge erhalten und werden in Wohnungen untergebracht. Ausserdem gestattet der Kanton Kindern und Jugendlichen, eine Ausbildung, Berufslehre oder andere Ausbildung auf Sekundarstufe II zu absolvieren.

Im **Kanton Fribourg** profitieren Kinder mit ihren Eltern von spezifischen Standards für vulnerable abgewiesene Personen. So dürfen sie auch bis zur Ausschaffung in ihren Wohnungen bleiben. Ferner gestattet der Kanton jungen Menschen in Ausbildung, insbesondere unbegleitete Jugendlichen, die Beendigung ihrer Ausbildung. Allerdings erwarten die Behörden die Zusammenarbeit bei der Ausschaffung nach der Ausbildung.

Im **Kanton Schwyz** wird folgender Standpunkt vertreten: «Der einzige Umstand, der einer gesonderten Betrachtung bedarf, sind Familien mit schulpflichtigen Kindern, die über drei Jahre auf einen rechtskräftigen Asylentscheid warteten. In diesen Fällen sind Kinder einfach zu sehr integriert, als dass eine Rückreise opportun wäre.» Ansonsten scheint der Kanton eine harte Linie zu verfolgen und die Vertreterin meint: «Alle Personen in der Nothilfe sind in der Schweiz aus Eigenverschulden. Sie alle weigern sich, die gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungspflicht zu erfüllen und bei ihrer Rückreise mitzuwirken.» *Fiona Elze, Abteilungsleiterin, Asyl- und Flüchtlingswesen, Amt für Migration des Kantons Schwyz*

Fazit

Kinder in der Nothilfe gehören zusammen mit ihren Eltern in mehrfacher Hinsicht zur Gruppe besonders vulnerabler Personen. Dies steht im Zusammenhang mit den prekären Wohn- und Lebensbedingungen, mit sozialer Isolation, Perspektivenlosigkeit, mit der hohen Empfänglichkeit für frühe Prägungen, mit eigenen traumatischen Erlebnissen sowie mit den Ängsten und unverarbeiteten Traumata der Eltern usw. Das Asylgesetz schreibt bei dieser Gruppe eine besondere Berücksichtigung bei der Unterbringung vor (Art. 82, 3bis AIG).

Aus den Antworten der Kantone sind Bemühungen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Familien primär in drei Bereichen zu sehen: Unterstützungsbeiträge, Unterbringung, (Aus-)Bildung. Familien erhalten je nach Kanton im Rahmen der vorhandenen kantonalen Spielräume zusätzliche finanzielle Mittel, sie werden in Wohnungen untergebracht und Jugendliche und junge Erwachsenen können Lehrstellen antreten oder Ausbildungen beenden im Falle eines Negativentscheides während der Ausbildung. Auch diese Beispiele zeigen, dass Kantonen keinesfalls gänzlich die Hände gebunden sind bei der Umsetzung der Nothilfe, Spielräume werden allerdings viel zu wenig genutzt.

Der erwähnte Bericht der NKVF thematisiert auch die Situation von Kindern. Sie zeigt sich besorgt über die Lebensbedingungen für Kinder und Familien in den drei besuchten Rückkehrzentren im Kanton Bern: «Die ungenügende Infrastruktur, die engen Wohnverhältnisse sowie die fehlenden Rückzugs- und Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche tragen dazu bei, dass die Situation in den RZB in Aarwangen und Biel-Bözingen nach Ansicht der Kommission für Familien mit Kindern

nicht menschenwürdig ist. Die Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche in den RZB Aarwangen und RZB Biel-Bözingen sind nicht vereinbar mit den in Art. 27 und Art. 31 der UNO-Kinderrechtskonvention verankerten Rechten auf angemessene Lebensbedingungen, auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemässe aktive Erholung. Deshalb sollen Kinder mit ihren Eltern zukünftig grundsätzlich ausserhalb der RZB in geeigneten privaten Wohnungen ohne Streichung des Nothilfe-Beitrags untergebracht werden.»[15] Der Bericht enthält weitere spezifische Vorschläge zur Berücksichtigung der Kinderrechte.

Sehr begrüsst wird von den drei unterzeichnenden Organisationen, dass die **Eidgenössische Migrationskommission** mit Unterstützung der **SODK**, **KKJPD** und der **Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden** eine Studie zur Situation der Kinder in der Nothilfe an das Marie-Meierhofer Institut in Auftrag gegeben hat.

2.2.7 Regularisierung des Aufenthaltes von abgewiesenen Geflüchteten, die seit Jahren im Nothilferegime gefangen sind, vorläufige Aufnahmen

Art. 14. Ab. 2 AIG legt fest, dass asylsuchende Personen auf Antrag des Kantons eine Aufenthaltsbewilligung erhalten können, vorausgesetzt sie halten sich seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz auf und es liegt infolge fortgeschrittener Integration ein schwerwiegender Härtefall vor. Die Statistik des Staatssekretariates für Migration (SEM) zeigt, dass der Weg zu einer regulären Aufenthaltsbewilligung über ein Härtefallgesuch generell steinig ist und kantonal sowie national zurückhaltend gehandhabt wird: 2020 wurden 151 Härtefall-Anträge von Kantonen für Abgewiesene vom SEM gutgeheissen und 26 abgelehnt. Wie oft die Kantone auf Gesuche nicht eingegangen sind, ist nicht erfasst. Es braucht oft mehr als ein Jahr, bis eine Entscheidung gefällt wird. Die Statistik zeigt ferner, dass die Kantone von dieser Möglichkeit in unterschiedlichem Ausmass Gebrauch machen. Mehrere Kantone haben 2020 keine Anträge an das SEM gestellt: JU, NW, OW, SZ, TI, UR, VS. Es stellt sich die Frage, ob das Recht auf ein Härtefallgesuch in allen Kantonen gewährleistet wird. Mehr als zwei Drittel der erfolgreichen Anträge kamen von drei Kantonen ZH, SG und TG.[16]

Der **Kanton Basel-Stadt** schreibt in seiner Antwort, die Möglichkeit von Härtefallgesuchen zu nutzen, bedauert jedoch die restriktive Entscheidpraxis des SEM.

In den letzten Jahren wurden rund 150 Gesuche vom SEM gutgeheissen und über 20 abgelehnt. Kantone berichten, dass sie viele Gesuche auf kantonaler Ebene ablehnen, weil sie eine Absage vom SEM erwarten.

Ein Beschäftigungs- und Integrationsverbot sowie der Ausschluss aus Sprachkursen erschwert oder verunmöglicht die Vorbereitung auf ein Härtefallgesuch, wie manche Kantone anerkennen und entgegenwirken: **Kanton Genf:** «Für Eltern setze ich mich für eine Lockerung der Bedingungen für den Zugang zu einer Beschäftigung ein, damit ein Antrag auf Legalisierung der Aufenthaltsbedingungen nach Artikel 14 Absatz 1 des Asylgesetzes in Betracht gezogen werden kann.» (Original frz.) *RR Thierry Apothéloz*

Der **Kanton Basel-Stadt** geht in seinem Antwortschreiben ausführlich auf die Regularisierungsmöglichkeit mittels vorläufiger Aufnahmen ein und setzt sich beim Bund dafür ein, dass das SEM diese Möglichkeit künftig grosszügiger zugunsten von abgewiesenen Asylsuchenden nutzt. «Weiteren Verbesserungsbedarf sehen wir bei den Nothilfebeziehenden, bei denen absehbar ist, dass sie auch nach längerer Zeit nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Es gibt eine

[15] Nationale Kommission zur Verhütung von Folter, Überprüfung der Rückkehrzentren des Kantons Bern, S. 29
[16] Staatssekretariat für Migration SEM. Härtefallbewilligungen an Personen aus dem Asylbereich

nicht zu vernachlässigende Zahl von Personen, die aus technischen oder gesundheitlichen Gründen die Schweiz nicht verlassen kann und ohne Perspektive von Nothilfe leben muss. Dazu zählen beispielsweise tibetische Asylsuchende aus Indien oder Nepal sowie Personen aus einzelnen afrikanischen Staaten, die keine Chance haben, von ihren Herkunftsstaaten Ausweispapiere zu erhalten.

Bei dieser Personengruppe sollte unserer Meinung nach geprüft werden, ob eine vorläufige Aufnahme erteilt werden kann. Um einen unbefristeten Langzeitbezug von Nothilfe zu vermeiden, könnte das SEM Art. 46 Abs. 2 Asylgesetz anwenden, der eine zeitlich befristete Ersatzmassnahme für den nicht möglichen Vollzug einer rechtskräftig verfügten Aus- oder Wegweisung vorsieht. Eine vorläufige Aufnahme aufgrund technischer Unmöglichkeit der Wegweisung wird vom SEM jedoch bisher kaum je angeordnet.» *RR Kaspar Sutter*

Weiter gibt es Länder, die keine Sicherheit bei einer Rückkehr gewährleisten: obwohl das schon länger der Fall ist, hat das SEM dies für Afghanistan erst Anfang 2022 erkannt. Für Eritrea hat das SEM einen bei der Rückkehr verhafteten und gefolterten abgewiesenen Asylsuchenden 2022 anerkannt.[17]

Fazit

Kantone spielen beim Beantragen von Härtefallgesuchen beim SEM eine vor-selektive Funktion. Sie können dieses Antragsrecht mehr oder weniger grosszügig handhaben. Obwohl sie dabei scheinbar in ihrem Freiraum durch die restriktive Bewilligungspraxis des SEM stark eingeschränkt werden, fällt auf, wie unterschiedlich die Kantone diese humanitäre Möglichkeit nutzen: sieben davon haben 2020 keinen einzigen Antrag bei SEM eingereicht, was eine politische Entscheidung darstellen kann. Einstweilen beruhen die Hoffnungen auf bundesrechtlichen Änderungen. Die am 16. März 2021 eingereichte Motion 21.3187 von Nationalrätin Marianne Streiff-Feller schlägt eine einmalige Regularisierung für Personen aus dem altrechtlichen Verfahren mit klaren Kriterien vor.

Trotz allem können Kantone aktiv werden. Besonders stossend, ja paradox mutet es an, dass in der Nothilfe in manchen Kantonen alles unternommen wird, um jede Integration zu unterbinden, diese aber beim Härtefallgesuch als Kriterium für die Gewährung einer Aufenthaltsbewilligung vorausgesetzt wird. Es ist aber das SEM, das laut mehreren abschlägig behandelten Härtefallgesuchen diesbezüglich die Schrauben anzieht, d.h. die Wartefrist für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung von fünf auf 10 Jahre heraufsetzt. Dies mit der Begründung, die Integration der Antragsstellenden sei nach fünf Jahren nicht genügend sichergestellt, sie seien noch nie einer Arbeit auf dem regulären Arbeitsmarkt nachgegangen.

Der **Kanton Genf** geht deshalb folgenden Weg: Er versucht für Eltern den Zugang für Beschäftigungsmöglichkeiten und somit für die Integration zu erleichtern, damit die Chance auf Legalisierung und eine Aufenthaltsbewilligung wächst.
Der **Kanton Basel-Stadt** setzt sich auf Bundesebene bei Personen, die aus technischen, gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht weggewiesen werden können, für eine vorläufige Aufnahme ein und spielt dabei eine Vorreiter-Rolle. Die Folgen, wenn Integration verhindert und Regularisierungsmöglichkeiten für abgewiesene Asylsuchende nicht erleichtert werden, sind klar: mehr Menschen in psychischen Notlagen und langfristig hohe Kosten für die Kantone.

[17] SRF, 10 vor 10, Eritrea-Rückkehrer wurde gefoltert; Republik, Ein Asylfall, der alles ändern könnte

3. Schlussfolgerungen aus den Antworten kantonaler Verantwortlicher auf den offenen Brief

3.1 Die Handlungsspielräume der Kantone bei der Umsetzung der Nothilfe

Die Kantone haben Handlungsspielräume bei der Gestaltung der im offenen Brief behandelten Aspekte der Nothilfe. Manche Kantone machen mehr oder weniger grosszügigen Gebrauch davon und versuchen im Dilemma zwischen gesetzlichen Normen und den Geboten der Grund- und Menschenrechte, ethischer Orientierung und menschlichem Mitgefühl eine humanere Interpretation der Nothilfe zu realisieren, andere setzen die gesetzlichen Grundlagen möglichst restriktiv um.

Basierend primär auf den Antworten auf den offenen Brief hier zusammenfassend ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige positive Beispiele von Kantonen, die ihren Handlungsspielraum föderalistisch nützen, um menschenwürdige Umstände in bestimmten Bereichen zu ermöglichen. Diese können als Anregung für andere Kantone dienen, um die Prävention von psychischen Notlagen zu fördern:

- **Grundbedarf**: Ansätze der Nothilfe können für Familien mit Kindern angehoben werden (Basel-Landschaft, Basel-Stadt); Genf sieht zusätzliche Mittel für Kinder in Ausbildung vor. Manche Kantone setzen die Tagesansätze für Essen, Mobilität, Kommunikation usw. wesentlich höher als andere, da der Bund keine genauen Vorgaben macht.

- **Unterkünfte insbesondere, aber nicht, nur für Vulnerable:** Der gesetzlich vorgeschriebenen besonderen Berücksichtigung individueller Bedürfnisse von vulnerablen Personen bei der Unterbringung tragen folgende Kantone mindestens teilweise Rechnung in dem sie Wohnungen und Wohngemeinschaften zur Verfügung stellen: Aargau, Fribourg, Basel-Landschaft. Basel-Stadt Obwalden. Die meisten Kantone nutzen keine unterirdischen Bunker als Unterkünfte für abgewiesene Asylsuchende.

- **Aufhebung der Ein- und Ausgrenzungen**, **Verzicht auf Haft- und Geldstrafen:** Hierzu gab es so gut wie keine Antworten der Kantone, ausser dem Hinweis von Basel-Landschaft, dass Rayonverbote zurückhaltend ausgesprochen würden. Laut Erfahrung der unterzeichnenden Organisationen ist die Praxis der Kantone hier jedoch sehr unterschiedlich: Manche verzichten mehr oder weniger auf polizeiliche Repression, Bussen und Inhaftierung wegen illegalen Aufenthalts.

- **Recht auf angemessene Teilhabe**: Beschäftigungsprogramme für psychisch belastete Personen kennen der Kanton Aargau, die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt; Beschäftigungsangebote gibt es in den Unterkünften des Kantons Fribourg, weiterführende Ausbildung inkl. Berufslehre für abgewiesene Jugendliche in Basel-Stadt, zusätzliche finanzielle Unterstützung für Jugendliche in Ausbildung in Genf, bessere Zugangsbedingungen für eine Beschäftigung für Eltern in Genf, ein Beschäftigungsprogramm zwecks Rückkehr in Schwyz.

- **Medizinisch-psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung:** Beschäftigungsmöglichkeiten für psychisch belastete Personen bietet der Kanton Aargau an. Der Kanton Fribourg hat ein Modell zur besseren Zusammenarbeit der Fachleute zwecks Erkennung, Zuweisung und Behandlung von psychisch besonders notleidenden Personen in der Nothilfe erarbeitet.

- **Kinderrechtskonforme Bedingungen für Kinder abgewiesener Familien**: Ein akzeptables Umfeld für Kinder in der Nothilfe, d.h. Besuch der öffentlichen Schule, weiterführende Ausbildung wie Berufslehre oder andere Ausbildung auf Sekundarstufe II bietet Basel-Stadt, zusätzliche finanzielle Unterstützung für Kinder in Ausbildung Genf, die Garantie zur Beendigung der

begonnenen Ausbildung Fribourg, allerdings im Tausch mit dem Einverständnis, nach der Ausbildung das Land zu verlassen.

- **Regularisierung, vorläufige Aufnahme:** Personen, die gute Aussichten auf positive Antwort auf ein Härtefallgesuch haben, werden in manchen, aber nicht allen Kantonen mehr oder weniger selektiv an das SEM weitergewiesen. Genf versucht die Chancen für eine Regularisierung von Eltern zu verbessern, indem der Kanton ihnen den Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten als Voraussetzung der Integration erleichtert. Der Kanton Basel-Stadt setzt sich beim Bund dafür ein, dass abgewiesene Asylsuchende, die aus technischen, gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht weggewiesen werden können, vorläufig aufgenommen werden.

3.2 Das System der Nothilfe untersteht der Bundesgesetzgebung

Alle Kantone, die geantwortet haben, weisen darauf hin, dass grundlegende Änderungen des Systems der Nothilfe nur über die Bundesgesetzgebung zu erreichen sind. Was aber tut sich aktuell diesbezüglich auf Bundesebene?

- Die von Nationalrätin Marianne Streiff-Feller eingereichte Motion 21.3187 schlägt eine einmalige Regularisierung für Personen aus dem altrechtlichen Verfahren mit klaren Kriterien vor.
- Die Motion 22.3392 der Staatspolitischen Kommission NR beauftragt den Bundesrat, die rechtlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass der Zugang zur beruflichen Ausbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers erleichtert wird (vom Nationalrat angenommen). Weitere Motionen zum selben Thema wurden vom Nationalrat schon angenommen.
- Die Initiative des Kantons Basel-Stadt, beim Bund zu erwirken, dass das SEM seinen gesetzlichen Ermessenspielraum zur Gewährung der vorläufigen Aufnahme künftig grosszügiger zugunsten der abgewiesenen Asylsuchen nutzt, zeigt, dass Impulse für ein humaneres Nothilferegime auch von Kantonsregierungen ausgehen kann.
- Ändert sich die Situation in einem Herkunftsland (wie nach der Machtergreifung der Taliban in Afghanistan im August 2021), soll die Umwandlung von Wegweisungsentscheiden in den Status der vorläufigen Aufnahme oder Aufenthaltsbewilligung schnell vorgenommen werden.

4. Schlusswort: Aktuelle Nothilfe – nicht menschenwürdig umsetzbar

Der Bundesrat, das SEM und das Parlament sollten anerkennen, dass die aktuelle Nothilfe für Langzeitnothilfebeziehende nicht menschenwürdig umgesetzt werden kann und korrektive Massnahmen zu ergreifen sind. Zu diesem Schluss kommen die unterzeichnenden Organisationen aufgrund der Durchsicht der Literatur, nach Gesprächen mit Betroffenen und nach Einschätzungen der menschlichen, gesundheitlichen, humanitär-menschenrechtlichen Auswirkungen und Kosten, die die Nothilfe für die Betroffenen hat.

Quellenverzeichnis

- Für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden – ein offener Brief.
https://solinetz-zh.ch/offener-brief-zu-den-psychischen-gesundheitsfolgen-des-nothilfesystems/
- Caritas Schweiz, Ein innovatives Projekt für abgewiesene Asylsuchende, 28. April 2022
https://www.caritas.ch/de/artikel/blog/ein-innovatives-projekt-fuer-abgewiesene-asylsuchende.html?no_cache=1&type=0)
- Gmür, Daniel, Persönliche Hilfe in Notlagen. Zürich, Schulthess 2022
- Nationale Kommission zur Verhütung von Folter, Überprüfung der Rückkehrzentren des Kantons Bern, März 2022
https://www.nkvf.admin.ch/dam/nkvf/de/data/Berichte/2022/rueckkehrzentren-be/bericht-rueckkehrzentren-be.pdf
SRF, 10 vor 10, 04.05.2022, Eritrea-Rückkehrer wurde gefoltert, https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/eritrea-rueckkehrer-wurde-gefoltert?urn=urn:srf:video:e2482789-19b7-4239-9872-626ec93ba983
- Solikarte, Nothilfe pro Kanton
https://solikarte.ch/de/hintergrund/nothilfe-in-den-kantonen
auf Basis
- SODK-Tabelle der Unterstützungsleistungen
https://ch-sodk.s3.amazonaws.com/media/files/e89f4550/5f09/4af1/aaa8/2e91bbc2352a/Tabelle_Unterst%C3%BCtzungsleistungen_im_Asylbereich.pdf
- Staatssekretariat für Migration SEM. Härtefallbewilligungen an Personen aus dem Asylbereich, 1. Januar – 31. Dezember 2020
https://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/publiservice/statistik/auslaenderstatistik/haertefaelle/art14-abs2-asylg/aus-asylbereich-2020.pdf.download.pdf/aus-asylbereich-2020-d.pdf)
- Tagesanzeiger 13.09.2022, Bis zu 18 Monate Haft ohne Rechtsvertretung, Liliane Minor
Republik 04.05.2022, Ein Asylfall, der alles ändern könnte, Christian Zeier
Ein Asylfall, der alles ändern könnte – Republik

Weitere Literatur

- Urs Ruckstuhl et al.: Das Nothilfesystem für abgewiesene Asylsuchende – ein Bericht zu den psychischen Gesundheitsfolgen. Analyse der sozialen, psychischen und gesundheitlichen (Un)Zumutbarkeit der Zustände im Nothilferegime. Januar 2022
https://solinetz-zh.ch/wp-content/uploads/Bericht_Nothilfesystem_Print_ganz_weiss_einzelseiten2.pdf
- Eidgenössische Migrationskommission EKM: Personen, die aus dem Asylsystem ausscheiden: Profile, (Aus-)Wege, Perspektiven
https://www.ekm.admin.ch/dam/ekm/de/data/dokumentation/materialien/studie-ausscheiden-asylsystem.pdf.download.pdf/studie-ausscheiden-asylsystem-d.pdf
- terre des hommes schweiz: Abgewiesene Asylsuchende in der Nothilfe: wie weiter? Ein Bericht zur Situation von Nothilfebezüger*innen in der Region Basel.
https://www.terredeshommesschweiz.ch/download/1043/news-und-aktuelles/10469/abgewiesene-asylsuchende-in-der-nothilfe.pdf

Anhang

- Anhang 1: Offener Brief
- Anhang 2: Alle Antworten auf den offenen Brief

Anhang 1:
Offener Brief

Für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden – ein offener Brief

Als Psychiater*innen, Psycholog*innen, Therapeut*innen sowie Ärzt*innen aller Fachbereiche und sonst in der Gesundheitsversorgung und in psychosozialen Beratungsdiensten Tätige fordern wir die zuständigen kantonalen und eidgenössischen Stellen dazu auf, die psychisch gefährdenden Bedingungen in den kantonalen Nothilferegimen für abgewiesene Geflüchtete zu beenden.

Die Situation der abgewiesenen Geflüchteten

Im Jahr 2020 lebten rund 6500 abgewiesene Asylsuchende, darunter 1061 Kinder, in der Schweiz im Nothilfesystem. Im letzten Quartal waren 2372 der Betroffenen Langzeitbeziehende.[1] Bei der Gestaltung des Nothilferegimes hat jeder Kanton viel Handlungsspielraum. Die meisten Abgewiesenen leben oft jahrelang unter prekären und unmenschlichen Bedingungen:

- **Extreme Armut**: Den Menschen in der Nothilfe steht ein Tagesbudget von 8-12 Franken zu. Damit sollen alle Bedürfnisse des täglichen Lebens abgedeckt werden: Nahrung, Kleidung, Hygiene, Verkehr, Handy usw.
- **Unterkunft**: Abgewiesene leben oftmals in provisorischen Unterkünften (Container-Anlagen, Bunker, baufällige Liegenschaften, Notschlafstellen) und schlafen in Mehrbett-Zimmern. Sie sind ständig Lärm und Konflikten ausgesetzt und kennen keine Privat- und Intimsphäre. Sie sind rigiden und schikanösen Regeln unterworfen wie Melde- und Anwesenheitspflicht (bis zweimal täglich). Polizeirazzien und Verhaftungen aufgrund des illegalen Aufenthaltes sind an der Tagesordnung, für viele gelten unbegründete Eingrenzungen auf den Wohnort oder Ausgrenzungen aus der Stadt.
- **Integrationsverbot/Isolation**: Abgewiesene Asylsuchende haben in den meisten Kantonen keinen Zugang zu Bildungsangeboten (z.B. Deutschkurse), sie unterliegen einem umfassenden Beschäftigungsverbot und Betroffene mit Rayonverbot einem faktischen Kontaktverbot.
- **Medizinische Versorgung**: Abgewiesene haben Anspruch auf die medizinische Grundversorgung. Viele Abgewiesene leiden unter chronischen psychischen Beschwerden und post-traumatischen Belastungsstörungen. Aufgrund der prekären und instabilen Situation in der Nothilfe können aber die dringend benötigten psychosozialen und psychiatrisch-psychotherapeutischen Angebote nicht beansprucht werden.

Die Nothilfe wurde als vorübergehende Lösung über einige Monate für die Deckung der Grundbedürfnisse nach Art. 12 BV konzipiert. Als Langzeitmassnahme – es sind Langzeitbezüger*innen bekannt, die ihr Leben seit 5, 10, 15 Jahren im Nothilfesystem fristen - ist sie unhaltbar, zermürbend, unmenschlich, grausam.

Lebensumstände, die krank machen

Das geht uns alle an. Es handelt sich bei den abgewiesenen Asylsuchenden um eine vergessene, isolierte Gruppe von Menschen, die verborgen unter uns lebt. Sie konnten bis jetzt aufgrund ihres rechtlichen Status und der politischen Situation in der Schweiz mit wenig Verständnis, Anteilnahme und Solidarität rechnen, da ein Referenzrahmen für die Bevölkerung fehlte, der dies erleichtert hätte.

[1] Monitoring über den Sozialhilfestopp im Asylbereich
https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/berichte/monitoring_sozialhilfestopp.html
Mail SEM 24.09.2021

Die Corona-Krise hat dies hoffentlich verändert: Sie hat gezeigt, wie sich soziale Isolation, Angst vor Stellenverlust, Verzicht auf gewohnte Freizeitbeschäftigungen, mannigfache Deprivationen innerhalb von eineinhalb Jahren auf das Wohlbefinden der Bevölkerung auswirkt. Sie hat offengelegt, wie schnell Menschen unter unsicheren Lebensbedingungen die Orientierung verlieren und anfällig für irrationales Denken und Handeln werden. Die Raten der Angststörungen und Depressionen sind in der Bevölkerung hochgeschnellt, die Notfalltelefone klingeln regelmässig.
Abgewiesene Asylsuchende – Männer, Frauen und Kinder – leben jahrelang unter einem verschärften Lockdown, es fehlen ihnen Beschäftigung, Familie, Freundeskreis und eine Zukunftsperspektive.

Erkenntnisse aus der Migrationsforschung zeigen ausserdem, dass die negativen Folgen der Erfahrungen aus der Zeit vor und während der Flucht sich im Aufnahmeland kumulieren können, wenn dieses weder Sicherheit noch einen minimalen Entwicklungsraum bietet.

Die psychischen und körperlichen Folgen

Die Folgen, die sich aus den beschriebenen Lebensumständen langfristig ergeben, sind uns Fachleuten sowohl aus der eigenen Behandlungserfahrung als auch aus den entsprechenden Forschungsberichten bekannt. Es resultieren Beschwerden wie:

- Schlaflosigkeit
- Stresssymptome und Angstzustände
- Apathie, sozialer Rückzug, Depressionen, Aggressivität, erhöhte Suizidalität
- Suchtverhalten
- psychosomatische Störungen
- post-traumatische Belastungsstörungen resp. Retraumatisierungen
- körperliche Beschwerden: Kopfschmerzen, Magendarmsymptome, geschwächtes Immunsystem, erhöhte Anfälligkeit für Infektionskrankheiten usw.

Als Fachpersonen, die psychische Beschwerden und Störungen dieser Art beobachten und behandeln, sehen wir uns verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass die Leidenszustände – aufbauend auf den Vulnerabilitäten unter Geflüchteten aufgrund ihres Werdegangs – durch die prekären, menschenunwürdigen Lebensbedingungen im Nothilferegime in unverantwortlicher Weise verschärft werden.

Unsere Forderungen

Wir fordern Behörden, Politik, verantwortliche Ämter und Vollzugsorganisationen auf, die Folgen aus der Praxis des Nothilferegimes zu bedenken und die notwendigen Schritte zur Aufhebung dieses Systems einzuleiten. Es handelt sich hier um eine Praxis, die wir aus fachlicher Sicht als entwürdigend, zermürbend und krankmachend betrachten. Das Nothilferegime soll schrittweise so umgestaltet werden, dass es die Menschenwürde der abgewiesenen Geflüchteten respektiert, ihre psychische und körperliche Gesundheit wahrt und die zur Aufrechterhaltung persönlicher Integrität unabdingbare Teilhabe am sozialen Leben gewährleistet. Unsere Forderungen für vom Bund definierten „Langzeitbeziehende“, die seit mindestens einem Jahr im Nothilfesystem leben:

- **Deckung des Grundbedarfs** statt Nothilfe
- **Schliessung der lagerartigen Unterkünfte**, Unterbringung der Betroffenen in Wohnungen und Wohngemeinschaften
  Allen abgewiesenen Asylsuchenden soll es wie im Kanton Bern erlaubt sein, privat untergebracht zu werden und weiterhin die dazu nötige finanzielle Unterstützung vom Kanton zu erhalten.

- **Sofortige Aufhebung aller unbegründeten Ein- und Ausgrenzungen**, Verzicht auf willkürliche Verhaftungen und wiederkehrende Haft- und Geldstrafen für den Tatbestand des illegalen Aufenthaltes
  Wir unterstützen die Ausstellung eines Identitätsdokuments, wie es der Kanton Waadt bereits herausgibt, um die abgewiesenen Geflüchteten vor schikanösen Polizeikontrollen zu schützen.
- Recht auf eine **angemessene, Wohlbefinden und psychische Gesundheit stabilisierende Teilhabe** am gesellschaftlichen Leben wie Bildungsmöglichkeiten, Beschäftigung und Tagesstruktur, kulturelle und Freizeitangebote
  Wir unterstützen die Petition «Bildung für alle – jetzt»[2] und bedauern die Ablehnung der Motion des Nationalrats durch den Ständerat, bei der es darum ging, abgewiesenen Asylsuchenden die Fortführung ihrer Berufslehre zu ermöglichen.
- Gewährleistung der **medizinischen und psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung,** Zugang zu psychosozialen Dienstleistungen
- **Kinderrechtskonforme Bedingungen für abgewiesene Familien und ihre Kinder**. Die Rechte von Kindern sind laut der Kinderrechtskonvention prioritär und ohne Rücksicht auf Aufenthaltsstatus zu gewähren.
- **Regularisierung des Aufenthaltes** von abgewiesenen Geflüchteten, die seit Jahren im Nothilferegime gefangen sind
  Wir unterstützen die Empfehlungen der eidgenössischen Kommission für Migration (EMK), d.h. die Prüfung einer vorläufigen Aufnahme für Personen, die aus technischen oder gesundheitlichen Gründen die Schweiz nicht verlassen können, eine flexible Härtefallregelung für Personen in allen Kantonen, die schon lange im Nothilfesystem leben. Wir unterstützen auch die breit unterstützte Motion 21.3187 „Ausserordentliche humanitäre Aktion für Nothilfe beziehende Personen aus altrechtlichen Asylverfahren" von Nationalrätin Streiff-Feller.

Genauere Analysen und Begründungen für die im offenen Brief erwähnten Fakten, Verhältnisse und fachlichen Hintergründe finden Sie im Bericht **„Das Nothilfesystem für abgewiesene Asylsuchende – ein Bericht zu den psychischen Gesundheitsfolgen».**
https://terredeshommesschweiz.ch/bericht-nothilfe

Zürich/Bern/Basel 15.02.2022

Der Brief wird verschickt an Bundesrät*innen, Sozialdirektor*innen, Kantonsärzt*innen, Migrationsbehörden, Politiker*innen

Erstunterzeichnende (54)

- Fana Asewaf, Dr. med., Fachärztin für Kinder und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Kanton Zürich, Kompetenzzentrum Trauma und Migration in Winterthur, Winterthur
- Jean Bauer, Dr, membre du comité MASM, Médecins Action Santé Migrant.e.s, oncologue, Vaud
- Klaus Beeler, Psychotherapeut ASP, Supervisor BSO, St. Gallen
- Nathalie Bennoun, Psychologue Responsable Adjointe, Psychologue spécialiste en psychothérapie FSP, Appartenances Vaud, Consultation Psychothérapeutique pour Migrant-e-s
- Charles Bonsack, Prof., Professeur associé Centre hospitalier universitaire et Université de Lausanne, Président de la société suisse de psychiatrie sociale (so–psy.ch), Vaud
- Bernard Borel, Dr, membre du MASM, Médecins Action Santé Migrant.e.s, pédiatre, Vaud
- Elean Briggen, eidg. anerkannte Psychotherapeutin
- Hugues Burkhalter, Dr, membre du MASM, Médecine interne générale, Vaud

[2] https://bildung-jetzt.ch/

- Noémie Cuissart de Grelle, Docteure, Psychiatre et psychothérapeute FMH
- Nicolas de Coulon, Dr, membre du MASM, Psychiatre et psychothérapeute, Vaud
- Irene de Santa Ana, Psychologue spéc en psychothérapie, Psychologue Appartenances-Genève, Genève
- Felicia Dutray, Docteure, Médecin responsable consultation psychothérapeutique pour migrant-e-s, Association Appartenances, Médecin associée, Unité Psy@Migrants, DP-CHUV, Vaud
- Serena Gallli, Dr. med., ärztliche Psychotherapeutin, Basel
- Betty Goguikian, Dr en psychologie, Maître d'enseignement et de recherche Université de Genève, Responsable de l'Unité de psychologie clinique interculturelle et de la Consultation pour enfants et adolescents migrants, Genève
- Ronnie Gundelfinger, Dr., Kinder- und Jugendpsychiater, Zürich
- Andreas Günter-Witt, Dr. med., Allgemeine Medizin FMH, Niederscherli
- Daniel Halpérin, Pédiatre, Genève
- Eva Heim, Professeure Associée, Psychologie Clinique Interculturelle, Université de Lausanne, Vaud
- Yvon Heller, Dr, membre du MASM, Médecins Action Santé Migrant.e.s, pédiatre, Vaud
- Theodor Itten, ehem. Stiftungsrat Pro Mente Sana, Psychologe und Psychotherapeut i. R.
- Bernhard Küchenhoff, Dr. med., Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Praxis Beckenhof, Zürich
- Laurent Lob, Dr, membre du MASM, Médecine interne générale, Vaud
- Sara Mazetti, Dre, membre du MASM, Pédiatre, Vaud
- Jean-Claude Métraux, Psychiatre, Vaud
- Sara Michalik-Imfeld, lic. phil. , Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, CAS Psychotraumatologie, Präsidentin Verband Aargauer Psychologinnen und Psychologen (VAP), Präsidentin Paxion, Geschäftsleiterin Psy4Asyl
- Konrad Michel, Prof. Dr. med., Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Spiez
- Emilio Modena, Arzt und Psychoanalytiker
- Nicole Pellaud, Dr, Pédiatre , Valais et Genève
- Josiane Pralong, Dr, Présidente de MASM, Médecins Action Santé Migrant.e.s, Médecin cheffe en soins palliatifs, Vaud
- Martine Rais, Dr, membre du MASM, Médecins Action Santé Migrant.e.s, psychiatre, Vaud
- Bigna Rambert, Dr. med. FMH für Psychiatrie und Psychotherapie
- Udo Rauchfleisch, Prof. Dr., ehem. Professor für Klinische Psychologie Universität Basel, Psychotherapeut in privater Praxis, Basel
- Saira Renteria, Dre, membre du MASM, Médecin gynécologue, Vaud
- Sandra Rumpel, lic. phil., eidg. anerkannte Psychotherapeutin ASP/SBAP, Co-Geschäftsleitung Verein family-help
- Vera Saller, lic. phil., Psychoanalytische Praxis
- Paul Scheider, Dr, membre du MASM, Médecins Action Santé Migrant.e.s, chirurgien retraité, Vaud
- Lena Sophia Sorg, Psychologin MAS, Psychotherapeutin i. A., Bern
- Elisabeth Steiner, lic. phil., Psychotherapeutin ASP, Zürich
- Daniel Strassberg, Dr. med. Dr. phil., Psychonanalytiker und Philosoph, Zürich
- Antonia Stulz-Koller, Dr. med., FMH für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Co-Geschäftsleitung Verein family-help
- Julien Gnipieven Tekombo, Dr. med., St. Gallen
- R. Torriani, pens. Kinderarzt FMH
- Amina Trevisan, Dr. phil., Gründerin und Präsidentin von Prosalute
- Saskia von Overbeck Ottino, Dr., FMH psychiatrie-psychothérapie enfants-adolescents et adultes, Médecin-associée, SPEA et DMPR, HUG, Responsable du dispositif MEME (Santé Mentale Migrants et Ethnopsychanalyse), Présidente du Forum Psychoanalysis, Migration and cultural Identities de la FEP, Présidente de l'Association Santé Mentale Suisse-Rwanda
- Ruth Waldvogel, Dr., eidg. anerkannte Psychotherapeutin in eigener Praxis in Basel, Basel
- Anna Witte, Psychologin, M.Sc., Psychotherapeutin in Delegation, Bern
- Hans Jakob Zehnder, Dr.med., Innere Medizin FMH, Riggisberg
- Psychoanalytisches Seminar Zürich (PSZ)
- Verein family-help
- Stiftung für Psychotherapie und Psychoanalyse
- Paxion, Psychosziale Unterstützung für Geflüchtete
- Verein Psy4Asyl
- Ambulatorium für Folter- und Kriegsopfer SRK
- Verein accompagno , Komplementärtherapie für Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen

<u>Unterzeichnende Psychiater*innen, Psycholog*innen, Therapeut*innen, Ärzt*innen</u> (376, 15.02.2022)

- Raffaella Aebi, Dr, Médecin, Indépendant, Genève
- Sarai Alonso, M. Sc., Eidg. Anerkannte Psychotherapeutin, Zürich
- Willi Amherd, Psychologe FSP/ Psychotherapeut ASP, Eigene Praxis für Psychotherapie, Wallis
- Christina Androux, Psychothérapeute, Psychothérapeute déléguée et indépendante, cabinet privé, Vaud
- Elisabeth Ansen, Psychologue Psychothérapeute, Indépendante, Fribourg
- Josiane Antille, Infirmière, Retraitée, Vaud
- Mauro Arrigoni, Dr. (Doktor der Philosophie Uni ZH), Retraité; membre de l'Assemblée du CICR, Tessin
- Maria Asperger Felder, Dr med, Ärztin, Zürich
- Bernhard Aufdereggen, Dr. med., Präsident Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Wallis
- Florence Bacchetta, Dipl. C.G. JUNG Institut, Lehranalytikerin, Genève
- Florine Bachmann, Madame, Médecin assistante, Urgences du CHUV, Vaud
- Mireille Badoud, Psychothérapeute FSP, Neuchâtel

- Sandro Battista, Polartiy- und Traumatherapeut, Freiwilliger Mitarbeiter, Psy4Asyl, Aargau
- Sophie Bauer, Dr, Médecin, Hôpital de l'Ile, Bern
- Jean Bauer, MD, retraité, CHUV, Vaud
- Camilla Baumann, MSc, Psychologin, Zürich
- Martin Becker, Dr. med. Dipl. pol., Arzt, Zürich
- Hassen Ben Abdeljelil, Dr, Médecin, Vaud
- Nicole Ben-David, Psychotherapeutin ASP
- Andrea Bender, lic. phil., Psychotherapeutin, eig. Praxis, Zürich
- Nathalie Bennoun, Psychologue psychothérapeute FSP, Psychologue Responsable Adjointe, Consultation Psychothérapeutique pour Migrant-e-s d'Appartenances, Vaud
- Barbara Berardi, lic. phil., Psychotherapeutin, Zürich
- Berardino Berardi, lic. phil. I, Psychotherapeut, Zürich
- Gregor Berger, PD Dr. med., Leiternder Arzt, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Klinik für Kinder und Jugendpsychiatrie, Zürich
- Mathieu Bernard, Professeur assistant, Directeur de recherche, Service de soins palliatifs et de support, Centre Hospitalier Universitaire Vaudois (CHUV), Vaud
- Jeanne Berthoud Kundig, Dr, med., Vaud
- Myriam Bickle Graz, Dr, Médecin pédiatre, CHUV, Vaud
- Samuel Bieri, Eidg. anerkannter Psychotherapeut, Praxis Kurwerk Burgdorf, Bern
- Yvonne Bieri, M.Sc., Psychotherapeutin, Psychosozialer Dienst AOZ & Kompetenzzentrum für Essstoerungen Zürich, Zürich
- Ralph Binswanger, Dr. med., Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Psychoanalytiker PSZ
- Monique Bircher, Dr. med. FMH Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Psychotherapeutin, Praxis, Zürich
- Daniel Bischof, Dr. phil., Fachpsychologe für Psychotherapie FSP, Zürich
- Thomas Bischoff, Dr., retraité, Vaud
- Julie Blant, Étudiante en master de médecine, Étudiante, École de médecine de l'Université de Lausanne, Neuchâtel
- Bosco Blatter, Dr. phil., Fachpsychologe für Psychotherapie FSP, Aargau
- Theres Blöchlinger, pract.med., pensioniert, Bern
- Patrick Bodenmann, Médecin, Chef de Service, Vaud
- Marina Bodmer, MSc, lic. phil., Niedergelassene Psychotherapeutin ASP, GZ Monvia Hochdorf, Luzern
- À. Bodò, Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Bern
- Katharina Boerlin, Co-Leitung, Anlaufstelle für Sans-Papiers, Basel-Stadt
- Antonio Bonfiglio, Dr. med., Hausarzt, Zürich
- Gian Domenico Borasio, Professeur ordinaire de médecine palliative à l'UNIL, Chef du service de soins palliatifs et de support au CHUV., CHUV, Lausanne, Vaud
- Bernard Borel, Dr en médecine, pédiatre, MASM, Vaud
- Matthias Bosshard, Psychotherapeut ASP, Psychoanalytiker, St. Gallen
- Manon Bourguignon, Docteur en Psychologie, Chercheuse senior UNIL et Psychologue, UNIL, Vaud
- Angela Brucher, Dr. med. univ., Chefärztin, St. Gallische Psychiatrie Dienste Süd, St Gallen
- Joceline Buchmeier, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin FSP/ZÜPP, Psychotherapeutin, Zürich
- Thierry Buclin, Prof. Dr., Chef de service, Centre Hospitalier Universitaire Vaudois (CHUV), Vaud
- Philippe Budry, Dr méd, praticien retraité, Vaud
- Madeleine Buess, Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, selbständig praktizierend, Aargau
- Elinor Burgauer, lic. phil., Psychotherapeutin, Zürich
- Dietmar Max Burger, Dr. med. / Dipl. Psychotherapeut ASP, Psychotherapeut, St. Gallen
- Gregor Busslinger, Psychotherapeut ASP, Psychoanalytiker, Psychotherapeut in Privatpraxis, Zürich
- Nadine Caflisch, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Psychotherapeutin, in eigener Praxis, Freiburg
- Lavinia Calore, Psychologue, Genève
- Giuliana Canonica, Médecin, Psychiatre, Appartenances Genéve, Genève
- Lilien Caprez, lic. phil. / Psychotherapeutin ASP & SBAP, Psychotherapeutin, Coach, Organisationsentwicklerin, selbstständig, Zürich
- Christine Carnal, Docteure, Médecin Interniste généraliste FMH, Cabinet médical des Vergers, Vaud
- Dominique Cassidy, Médecin FMH, Psychiatre, Valais
- Séverine Cesalli, Dre, Médecin pédopsychiatre, Cabinet privé, Valais
- Christophe Chapuis, Médecin généraliste, Semi-retraité, mentor pour les assistants-tes futur-généraliste. Consultant au Point d'Eau à Lausanne, Vaud
- Morgane Choquard, Pédiatre, Vaud
- Anne-Julie Cloux, Étudiante en santé publique, London School of Hygiene and Tropical Medicine, Vaud
- Anne Colombini, Brevet d'enseignante + FSEA, Formatrice d'adultes, Appartenances, Vaud
- Philippe Conus, Dr, Président, Les Engagés pour la Santé, Association, Vaud
- Ursina Conzelmann, Gesundheitsberaterin, Anlaufstelle Sans-Papiers, Basel-Stadt
- Antoinette Corboz-Warnery, Psychiatre FMH, Retraité, Vaud
- Brigitte Crottaz, Médecin, Conseillère nationale
- Claudine Cueni, Dr. phil. Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin, Zürich
- Killian De Bergh, Docteur, Médecin, Fondation de Nant, Vaud
- Viviane Fotsin de Laage de La Rocheterie, Infirmière, Vaud
- Irene de Santa Ana, Psychologue spéc en psychothérapie, Psychologue, Appartenances-Genève, Genève
- Roman Decurtins, lic. phil., Eidg. anerkannter Psychotherapeut, Graubünden
- Marlies Degen, ehem. schulische Heilpädagogin, Zürich
- Nathalie Diaz-Marchand, Psychologue, Psychothérapeute FSP, Appartenances Genève, Genève
- Paula Dieterle, eig. anerkannte Psychotherapeutin, Psychotherapeutin, Aargau
- Suzanne Dietler, eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Psychotherapie, Praxisgemeinschaft Ausstellungsstrasse, Zürich
- Sylvie Du Bois-Cassani, Psychologue psychothérapeute FSP psychanalyste, indépendante, Genève

- Natalie Dubach Scherrer, lic. phil. Fachpsychologin für Psychotherapie, Psychotherapeutin, St. Gallen
- Esther Dubath Bouvier, Travailleuse sociale, Enseignante, HETS, Genève
- Marie-Claire Dubois, Madame, Psychologue-psychothérapeute FSP, Appartenances, Vaud
- Philippe Dufresne, Psychologue, Genève
- Aysel Duman, Psychoanalytikerin, Psychotherapeutin
- Anne Dunand, Psychologue, CHUV, Lausanne
- Felicia Dutray, Docteure, Médecin responsable consultation psychothérapeutique pour migrant-e-s, Association Appartenances, Vaud
- Anne Duveen, Psychotherapeutin ASP, Psychotherapeutin, St. Gallen
- Lisa Eckhard-Lieberherr, Dr. med. univ., PUK Zürich
- Ulrike Ehlert, Prof. Dr., Professorin, ZH
- Caroline Eichenberger, Directrice, Camarada, Genève
- Katharina Eichenberger, lic. phil., Fachpsychologin Psychotherapie, eichenberger psychologie, Aargau
- Michelle Eichenberger, MSc, Psychologin, Zürich
- Stéphanie Emonet, Infirmière, Infirmière Médecins du Monde, Maison de Santé- Médecins du Monde / La Chaux-de-Fonds, Neuchâtel
- Lothar Erdmenger, FMH Psychiatrie/Psychotherapie, Arzt für Allgemeinmedizin, Heute Aktivitäten im Bereich der Migration, u.a. Autonome Schule Zürich, Zürich
- Michaela Esslen, Eidgenössisch anerkannte Psychotherapeutin, Dr. Phil., Psychotherapeutin, Zürich
- Yvonne Faessler, lic. phil., Psychologin, Zürich
- Angela Falk, Psychotherapeutin FSP, Psychotherapeutin, Bern
- Meret Fankhauser, lic. phil., Eidg.anerk. Psychotherapeutin, Privatpraxis, Zürich
- Isabelle Fassbind, FH Psychologin, ASP, Psychoanalytikerin / Psychotherapeutin in selbständiger Praxis, Zürich
- Ingrid Feigl Spring, Psychoanalytikerin, Praxis selbst., Zürich
- Susanne Fernandez, Dr.phil. Psychoanalytikerin, Psychotherapie, selbständig, Zürich
- Maurizia Franscini, Dr. med, Leitende Ärztin, PUK Zürich, Zürich
- Alain Frei, Dr, Gastroentérologue retraité, Vaud
- Yvonne Frenzel Ganz, lic. phil., Dipl.-Päd., Psychoanalytikerin SGPsa/IPA, Psychotherapeutin FSP, Zürich
- Yves Froté, Master es sciences en sciences infirmières, Infirmier clinicien spécialisé en psychotraumatologie, Vaud
- Brigitte Gägauf, Dipl. Po Psychologische Therapeutin, Supervisorin/Therapeutin, Zürich
- Sonia Gambone, Administration, Castagna Beratungsstelle, Zürich
- Katharina Gaudlitz, Dr. rer. medic., Psychotherapeutin, eigene Praxis, Zug
- Walter Gekle, Dr. med., Chefarzt Psychiatrie, Bern
- Michèle Gennart, Dr Phil, Psychothérapeute, Centre médical de la Source, Vaud
- Bijan Ghavami, Docteur, Chirurgien, Vaud
- Barbara Gindl, Dr.phil, Musikpsychotherapeitin, St. Gallen
- Gian-Andrea Giovanoli, Dr. med., Facharzt Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie FMH, Graubünden
- Jacqueline Gisselbaek Rappaz, Madame, infirmière, CAMARADA, Genève
- Schlomit Goldberger, M. SC, Psychotherapeutin, Oks, St. Gallen
- Silvia González Erzinger, Eidgenössische Psychotherapeutin, Selbstständige Psychotherapeutin ASP, Baselland
- Daniela Gossweiler, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin
- Gassan Gradwohl, MSc, Psychotherapeut, Basel-Stadt
- Anna Graf, Dr. phil., Psychotherapeutin, Praxis Arterstrasse & Kinderspital Zürich, Zürich
- Layla Greiner-El Rassi, Docteure, Médecin-psychiatre, HUG, Genève
- Pedro Grosz, Psychoanalyse PSZ, Eigene Praxis., Dozent Univ. Bologna, Zürich
- Marie-Odile Gubler, Dre, Pédiatre, Vaud
- Pierre Gubler, Médecin généraliste, membre du réseau Resami, cabinet privé, Vaud
- Marion Guekos, Dr. phil., Psychotherapeutin, Zürich
- Bianca Gueye, Dr. med., Spezialärztin für Psychiatrie und Psychotherapie in eigener Praxis, Zürich
- Kerstin Guntli, MSc Psycholigin, eigenständige Praxis und Fallführung stationärer Behandlung, Praxis im Blickwinkel und Klinik Aadorf, St. Gallen
- Barbara Haab, Dr. phil., Psychotherapeutin, Graubünden
- Regula Häberli, Eigen. anerk. Psychotherapeutin, selbst., Zürich
- Brigitte Hassler, lic. phil., Psychologin/Psychotherapeutin, Zürich
- Iren Haunreiter, lic.phil., Psychotherapeutin ASP, Zürich
- Heidy Helfenstein, eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Pychotherapeutin, Luzern
- Daniel Hell, Prof. em. Dr. med., Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Zürich
- Jessica Hellmann, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin ASP, Gruppenpraxis Hirdchen, Zürich
- Jeremy Hellmann, lic. phil. Pädagoge, Zürich
- Andrée Helminger, Dr. phil. Psychologin, psych-alumni Präsidentin, psych-alumni UZH, Zürich
- Silvia Henderson, Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, MScUZH, Psychotherapeutin, Zürich
- Pauline Hering, psychothérapeute ASP, Psychotherapeute pour enfants et familles, Genève
- Martin Herrmann, Dr méd., Chirurgien, Genève
- Ute Herrmann, Dr. phil., Psychologin, Psychotherapeutin, Zürich
- Anna-Barbara Hess, Kunsttherapeutin ED, Fachrichtung Musiktherapie, Aargau
- Georg Hess, Dr. med. Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Arzt mit eigener Praxis, Zürich
- Anne Elise Hofer, lic phil, Psychotherapeutin, Praxisgemeinschaft "Psyche & Soma", Bern
- Dorothea Hofer Stern, lic. phil., Fachpsychologin FSP, Zentrum PEPP, Aargau
- Marian Hofmann Müller, Fachpsychologin für Psychotherapie/Logopädin, pensioniert, Bern
- Deborah Höhener, Psychotherapeutin ASP, Suchtberaterin, Zürich
- Cornelia Hohl, lic. phil., Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Zürich
- Christine Hohl Moinat, Docteure, Médecin interdite généraliste, Cabinet privé, Vaud

- Daniela Holenstein, lic. phil., Psychotherapeutin, Zürich
- Francine Honegger, MSc Anerkannte Psychotherapeutin, Selbstständig erwerbend, Praxisgemeinschaft, Zürich
- Anita Horn, Dr.phil., Psychotherapeutin, Aargau
- Antje Horsch, Prof., Psychologue, Professeure Associée, Université de Lausanne, Vaud
- Irene Huber Stoppa, dipl. Psychologin/Psychotherapeutin ASP, Zürich
- Patrick Hug, lic. phil., eidg. anerkannter Psychothrapeut ASP, Psychotherapeut, St. Gallen
- Florian Hug, lic. phil., Psychotherapeut/Supervision, Praxis Florian Hug, Zürich
- Ingrid Hülsmann, Dipl.-Psych., Psychotherapeutin, Praxisgemeinschaft, Zürich
- Nago Humbert, Prof., Fondateur et membre du comité, Médecins du Monde Suisse, Neuchâtel
- Sophie Hüsler, M.Sc., eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Bern
- Ben Jabrala, Dr., Arzt, Watt
- Christiane Jacquier, eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Psychotherapeutin, Zürich
- Fabienne Jäger, Kinderärztin, Public Health, Oberwil
- Laure Jaton, Dre, Médecin, Vaud
- Daniel Jeanhenry, Psychologue retraité, Psychodramatiste, Mandat privé, Vaud
- Alexandra Johann, M. Sc., Psychotherapeutin, Universität Zürich, Zürich
- Marina Jumo, Sozialarbeiterin, Beraterin, Beratungsstelle Castagna, Zürich
- Jana Juran, MSc UZH, Psychotherapeutin, Mediatorin, Supervisorin, Praxis für systemische Entwicklung, Chur, Graubünden
- Andrea Kager, Dr. phil., Psychologin, Psychotherapeutische Praxis, Zürich
- Irene Kägi Bonfiglio, Dr. med., Kinder- und Jugenspsychiatrie, Praxis, Zürich
- Peter Kaiser, Psychiater, Wabern
- Martina Kamm, Soziologin, Leiterin interdisziplinäre Plattform Face Migration, Face Migration, Zürich
- Klaus Käppeli, lic. phil.I, Fachpsychologe für Psychotherapie FSP/VOPT, Praxis für somatische Psychotherapie und Integration prä- und perinataler Erfahrungen, St.Gallen
- Mehmet Karatas, lic. phil. Fachpsychologe für Psychotherapie FSP, eidg. anerkannter Psychotherapeut, Zürich
- Eléna Kastritis, Madame, Pédopsychiatre, Appartenances, Genève
- Muriel Katz, Dr en psychologie, Psychologue-psychothérapeute FSP; maître d'enseignement et de recherche UNIL, UNIL et Maison enfants de Penthaz, Vaud
- Aviva Keller, Dr. Phil., Psychotherapeuten, Zürich
- Dorothea Keller Schorer, lic. phil, Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, Bern
- Mirjam Kessler, Dr. phil., Psychotherapeutin, Zürich
- Omar Timothy Khachouf, Psychiatre-psychothérapeute, Chef de clinique, CHUV, Vaud
- Dorra Khoudi, Médecin, Cheffe de clinique en psychiatrie, Fondation de Nant, Vaud
- Rolf Kiechl, Uni-Prof. em. Dr., Psychologe, Zürich
- Anna Killi, M.Sc., Psychotherapeutin in Ausbildung, Verein Family Help, Zürich
- Andreas Kiriakidis, M.A., eidg. anerk. Psychotherapeut, Psychotherapeut, Therapeutisches Zentrum St. Gallen, St. Gallen
- Philippe Klein, Psychologue, Association Appartenances-Genève, Genève
- Rahel Kleiner, MSc Psychologin, Psychologin, AOZ, Zürich
- Sabine Klinke, Dr. med., Neuchâtel
- Olaf Knellessen, Dr. phil., Psychoanalytiker, selbständig, Zürich
- Alexander Koch, lic.theol. Eidg. anerkannter Psychotherapeut, Psychotherapeut, St. Gallen
- Matthias Köster, Dr. med., Adoleszenten-/Familien-orientierter Psychotherapeut/Psychiater, Passung & Wirwerk, Zürich
- Beate Krien, Eidgenössisch anerkannte Psychotherapeutin, Wallis
- Bernhard Küchenhoff, Dr. med., Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Zürich
- Sarah Kühne, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Psychotherapeutin, Glarus
- Felix Kündig, lic. phil. I, Psychotherapeut, Zürich
- Brigitte Kunkel-Hartmann, lic. phil., Psychotherapeutin und Schulpsychologin, Zürich
- Sabina Kunz, lic. phil., Psychotherapeutin, Praxis am Klusplatz, Zürich
- Cilly Kupper, lic. phil. Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, Selbständigerwerbende, Luzern
- Hans Kurt, Dr. med., Facharzt für Psychiatrie, Gruppenpraxis Weststadt Solothurn, Solothurn
- Martine Labarthe, Psychologue, Génève
- Vanessa Laffely Gomis, collaboratrice administrative, Appartenances, Vaud
- Selina Landolt, M.Sc., Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Zürich, Glarus
- Andrea Lanfranchi, Prof. Dr., Leiter Institut für Professionalisierung und Systementwicklung, Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, Zürich
- Satprem J. Legler, Dipl. Psych FH, Psychotherapeutin, Zürich
- Delphine Lemière, Psychologue FSP, Psychologue pour les mineurs migrants non-accompagnés, Consultation Santé Jeunes, HUG, Genève
- Carlo Lepori, Deputato al Gran Consiglio ticinese, Ticino
- Dominique Lepori, lic. oec. et phil., Psychotherapeutin, Praxis, ZH
- Christine Leuthold Suter, lic. phil., Leitende Psychologin, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Zürich
- Alicia Liengme, Psychanalyste, Membre ordinaire, SSPsa, Genève
- Nadja Lind, Psychologue, Psychologue, Appartenances, Vaud
- Heinz Lippuner, Kein. Psychologie und Psychotherapie FSP, Zürich
- Giuseppe Lo Piccolo, PhD, Psychothérapeute, Appartenances, Vaud
- Hannah Löw, Studentin Psychologie, Universität Zürich, Schwyz
- Evelyn Lozano, eid. anerkannte Psychotherapeutin, Einzel, -Paar und Familientherapeutin in selbständiger Tätigkeit, Zürich
- Christiana Ludwig, Eidgenössisch anerkannte Psychotherapeutin und Analytische Psychologin, Psychotherapeutin in eigener Praxis, Graubünden
- Audrey Luisier, Assistante sociale, Assistante sociale au sein du Dispositif de Psychiatrie Transculturelle, Fondation de Nant, Vaud

- Bernadette Lusser, Dr. med., Fachärztin Psychiatrie/Psychotherapie FMH, Zürich
- Sandra Lutz Hochreutener, Dr. sc. mus., Eidgenössisch anerkannte Psychotherapeutin, Dozentin für Musik & Psychotherapie, Supervisorin, Aargau
- Sophie Malka, Coordinatrice / rédactrice en chef, Vivre Ensemble - asile.ch, Genève / Suisse romande
- Ornella Manzocchi, Dott. Phil. Psicoterapeuta, Psicoterapeuta, libera professionista, Ticino
- Joseph Marchand, Docteur en médecine, Psychiatre-psychothérapeute, Appartenances, Vaud
- Matilde Mariotta, Dr en Chiropratique, Vaud
- Corinne Marti Häusler, Dr.med.FMH, pensioniert, früher Praxis, Zürich
- Philippe Martignano, Responsable, Espace Hommes Appartenances, Vaud
- Jean Martin, Dr med., Ancien membre de la Commission nationale d'éthique, Etat de Vaud, Vaud
- Luana Massaro, Sozialarbeiterin, Zürich
- Claudia Mazzocato, PD, MER, Dr, Médecin cheffe en soins palliatifs, CHUV, Lausanne, Vaud
- Gerda Meier, Dr. med., Jugendpsychiaterin im Ruhestand, Zürich
- Ruth Meier, Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, Zürich
- Heidi Meier, lic. phil. Fachpsych. f. Psychoth. FSP, eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Psychotherapeutin, Zürich
- Erica Meier, Psychotherapeutin, Psychotherapeutin nicht mehr berufstätig, Zürich
- Barbara Meier, Psychotherapeutin, Zürich
- Daniel Meili, Dr. med., Psychiater / Psychotherapeut, Eigene Praxis, Zürich
- Ruth Meili, lic. phil I, Fachpsychologin für Psychotherapie, Zürich
- Regula Meinherz, Dr. med., Fachärztin Psychiatrie und Psychotherapie, Leitende Ärztin, Psychiatrische Klinik St.Pirminsberg, St.Gallen
- Thomas Merki, Eidg. anerkannter Psychotherapeut u. Psychoanalytiker, i.R., Zürich
- Jean-Claude Métraux, Psychiatre FMH, Indépendant, Vaud
- Lukas Meyer, M. Sc., Psychotherapeut, Verein famil-help, Zürich
- Elena Meyer, Dr. med., Kinder- und Jugendpsychiaterin, Zürich
- Monika Meyer, lic. phil., Fachpsychotherapeutin für Psychotraumatologie, Zürich
- Maria Meyer-Grass, Dr. sc. Nat. ETHZ, analytische Psychologin SVP/BVP, Psychotherapeutin, eigene Praxis, Graubünden
- Laurent Michaud, Dr, PD & MER, Médecin adjoint, CHUV, Vaud
- Andreas Missura, Dr. med., Allgemeine Innere Medizin FMH, Niederscherli
- Jean-Jacques Monachon, Consultant dans le domaine de la santé et du social, Vaud
- Maryline Monnier, Psychologue FSP, Psychologue associée, Centre Hospitalier Universitaire Vaudois, Vaud
- Anne Moradpour, Madame, Psychothérapeute, Genève
- Kevin Morisod, Dr, Assistant de recherche, MASM, Vaud
- Christoph Moser, Dr. med., Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Zürich
- Christian Moser, lic.phil., Kinder-und Jugendpsychologe und Psychotherapeut FSP/VOPT, Selbständiger Psychotherapeut für Kinder und Jugendliche, Eigene Praxis, Appenzell AR
- Nora Müller, M. Sc., Oberpsychologin, Bern
- Roland Müller, Dr. phil., Psychotherapeut FSP, Luzern
- Christoph Müller, lic. phil., Psychotherapeut, Zürich
- Camille Nemitz - Piguet, Md, PhD, PD, Psychiatre, Médecin Adjoint Unité Santé Jeunes, Hôpitaux Universitaires de Genève, Genève
- Claire Newman, Psychologue-psychothérapeute reconnue au niveau fédéral
- Myriam Nicolet, Psychologue Psychothérapeute FSP, Psychologue responsable des activités de santé mentale, Médecins Sans Frontières Suisse, Vaud
- Denise Niederhauser, Psychologin FSP, Schulpsychologin, Zürich
- lucette Nobs, Psychanalyste, Vaud
- Martina Noser, lic. phil., Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, eidgenössisch anerkannte Psychotherapeutin, Psychologische Psychotherapeutin, Praxis für psychische Gesundheit St. Gallen, St. Gallen
- Esther Oester, Oekonomin, Somatic Experiencing Practitioner, Gründerin, Paxion, Bern
- Simone Oppenheim, lic. phil. eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Traumatherapeutin, Zürich
- Hannah Ospelt, M. Sc., Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Verein family-help und eigene Praxis, Zürich
- Christoph Pally, Dr. phil., Kinderpsychotherapeut, Zürich
- Dana Pamfile, Médecin, Psychiatre-psychothérapeute, CHUV, Vaud
- Suzan Panic, lic. phil., Psychotherapie Prisma, Bern
- Fatemeh Parsania, lic. phil., Psychologin, Zürich
- Catherine Paterson, lic.phil. Psychologin, eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Schulpsychologin und Psychotherapeutin, Zürich
- Dagmar Pauli, KD Dr. med., Chefärztin, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Zürich
- Fernanda Pedrina, PD Dr. med., Kinder- und Jugendpsychiaterin, Zürich
- Emilie Pento, Psychologue, Association Appartenances-Genève, Vaud
- Fanny Perret, Sage-femme, Sage-femme indépendante, Génève
- Jacques Perrin, Médecin, Retraité, Vaud
- Esther Perron, Dr. med. FMH Kinder- und Juendpsychotherapie, Eigene Praxis, Zürich
- François Pilet, Dr, Médecin de famille retraité, Valais
- François Pilet, Dr Med., retraité, Valais
- Boris Pourré, Monsieur, Infirmier, CHUV, Vaud
- Gerard Pralong, Docteur en médecine, Directeur médical, Hopital de Lavaux, Vaud
- Sanja Previsic, lic. phil., eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Zürich
- Sarah Brigitte Radelfinger-Stäehli, Dipl. Psych. Mot. eidg. anerkannte Psychotherapeutin IBP/ASP, eigene Praxis / Lehrtherapeutin/Supervisorin IBP, IBP Institut für Integrative Körperpsychotherapie und Beratung, Zürich
- Marie-Thérèse Ramoni, Constellatrice familiale, Vaud
- Anna-Barbara Raymann, lic. phil.I, eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Zürich
- Victoria Reiff, Psychotherapeutin ASP/SPV, Praxis, Zürich

- Ana Reis, Médecin, Valais
- Christopher Richard, Dr, Médecin chef adjoint, Réseau Hospitalier Neuchâtelois, Neuchâtel
- Andre Richter, PD Dr. med., Psychoanalytische Praxis Zürich, Zürich
- Mirjam Ringenbach, lic. phil., Sozialarbeiterin Sprechstunde für Transkulturelle Psychiatrie, Bern
- Maya Ringli, Dr. phil., Psychologin, Bern
- María Río Benito, Médecin spécialiste en psychiatrie et psychothérapie, Pratique privée, Indépendante, Vaud
- Henrika Rohr, med.pract., Ärztin, Praxis, Zürich
- Michelle Rossier, Dr med., Enseignante, Health Sciences eTraining Foundation (HSeT), Vaud
- Cristina Roters, Therapeutin, Verein Zaffe, Solothurn
- Erika Rotzetter, Madame, Assistante Médicae, CEDDEC, Vaud
- Urs Ruckstuhl, Dr. phil., Eidg. anerkannter Psychotherapeut, Zürich
- Maja Rüdisüli, lic. Phil., Psychotherapeutin ASP, Zürich
- Jürg Rüedi, Prof. em. Dr., Psychotherapeut, Praxisgemeinschaft Mühlebachstrasse Zürich, Zürich
- Nadja Rüegg, lic. phil., Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Praxis für Psychotherapie lic. phil. Nadja Rüegg GmbH, Zürich
- Beatriz Rufer, Fachpsychotherapeutin ASP, Psychotherapie, selbständig, Zürich
- Mirja Rusterholz, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Psychotherapie für Kinder und Jugendliche, Selbständig, Zürich
- Lea Rhyner, M. Sc., Psychologin, Psychotherapeutin in Ausbildung, Zürich
- Javier Sanchis Zozaya, Médecin, Responsable de secteur, Unisanté, Vaud
- Florence Sartorio, Mme, Médecin assistant en médecine interne générale, Unisanté, Vaud
- Barbara Saum, Dr. med., Ärztliche Weiterbildungsassistentin, Fach Kinder- und Jugendpsychiatrie, Zürich
- Gabi Schaad, Ärztin, Zürich
- Benjamin Schaefer, Fachpsychologe für Psychotherapie FSP, eidg. anerkannter Psychotherapeut, Graubünden
- Muriel Schärer Gazzottto, Fachpsychologin für Psychotherapie, Psychologin in der Kinderpsychiatrie, Aarga
- Gabriela Scherrer Vollenweider, MSc Psychotherap. Psychologin ASP, Geschäftsführerin/ Psychotraumatologin UHZ, wiese11GmbH, St.Gallen
- Alessia Schinardi, Dr med, Niedergelassene Psychiaterin, IKP, Zürich
- Virginie Schlüter, Médecin, Vaud
- Sabeth Schmid Buholzer, dipl. Psychologin, eidg. anerkannte Psychotherapeutin SBAP. / VPZ, Psychotherapeutin und Coach, Luzern
- Elisabeth Schmidt, Diplom-Psychologin, Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, Graubünden
- Pierre Alain Schmied, Dr Méd, Vaud
- Erich Schmucki, eidgen. anerk. Psychotherapeut. lic.phiil., Psychotherapeut, Zürich
- Thomas Schnyder, Facharzt FMH Kinder-und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Zürich
- Nathalie Schriber Rambert, Psychotherapeutin MSc, selbständig, Zürich
- Sibilla Schuh, Psychologin FH/Psychotherapeutin ASP, Zürich
- Regula Schwager, Eidgenössisch anerkannte Psychotherapeutin, Eigene Praxis, Zürich
- Andrea Schweizer, Sozialarbeiterin, Stadt Zürich seb, Zürich
- Heinrich Schwob, lic.phil. I, Psychoanalytiker, Zürich
- Dino Semadeni, Msc Psychologie, Family Help, Zürich
- Cornelia Semadeni, FMH Psychiatrie und Psychotherapie, Psychiaterin, Praxis, Zürich
- Alexandra Serafin, Kinder- und Jugendpsychiaterin, Zürich
- Barbara Seyffarth Golz, Dr. med., Kinder- und Jugendpsychiaterin, Zürich
- Reto Siegenthaler, lic. phil. Psychotherapeut FSP, Psychologischer Psychotherapeut, Luzern
- Marianne Sigg, lic.phil.I, Dozentin an der PHZH a.D. / Schulleiter-Springerin, Pädagogische Hochschule Zürich, altra vista - beides Mal angestellt, Zürich
- Doris Signer-Brandau, Psychotherapeutin, Zürich
- Daniel Sigrist, M.Sc. in Psychologie, Psychologe, WePractice, Zürich
- Silja Sollberger, Dr. phil., Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Zürich
- Isabelle Sommer, Dr. phil., Eidg. anerk. Psychotherapeutin, Praxis für Psychotherapie und Coaching, Zürich
- Annette Spitzenberg, Pfrn., Seelsorgerin, Ausbildung in Prozesstherapie, Kirchgemeinde Reute-Oberegg und freischaffend, Appenzell und St. Gallen
- Rahel Sprecher, Lic. Phil, Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, Zürich
- Monika Stadelmann, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Psychotherapeutin in eigener Praxis, Luzern
- Monica Stahl, MSc, Psychotherapeutin, Zürich
- Rolf Stallkamp, lic. phil., Psychologe, Luzern
- Silvia Staub, Komplementär Therapeutin KT
- Andrea Steiner, lic. phil. Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, Psychotherapeutin für Kinder und Jugendliche, Traumatherapeutin, Schulpsychologin, Praxis Michalik Aarau, Kinderarztpraxis Aarau, Schulpsychologischer Dienst Regensdorf, AG und ZH
- Anne-Sylvie Steiner, Dr, médecin de famille, Vaud
- Johannes Steiner, Dr.med., Jugend-und Erwachsenenpsychiater FMH, St. Gallen
- Andrea Steiner, lic. phil., Fachpsychologin für Psychotherapie FSP, Praxis Michalik GmbH, Aargau
- Maria Steiner Fahrni, eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Zollikon
- Rudolf Stohler, Dr. med., Praxis, Basel-Landschaft
- Gabrielle Stoven, Dre, cheffe de clinique, Unisanté - USMi et CHUV - service de médecine des addictions, Vaud
- Regina Strupler, lic.phil., Eidgen. anerkannte Psychotherapeutin, Zürich
- Daniel Stutz, lic. phil. I, Psychologischer Fachmitarbeiter, PsychoSozialer Dienst AOZ, Zürich
- Eva Taravella Aragón, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin ASP, Psychotherapeutin, tierranueva/Praxis Seidenweg, Bern
- Irene Täuber, Psychologische Psychotherapeutin, Basel Landschaft
- Maximilian Teicher, Dipl.-Psych., Psychotherapeut, Praxis für Integrative Psychitherapie, Zürich
- Amina Trevisan, Dr. phil., Soziologin und Medizinethnologin, Gründerin und Präsidentin von Prosalute, Prosalute, Basel-Stadt
- Giovanni Vergani, Dr., Director, Addwise SA, Ticino

- Ivan Verny, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Zürich
- Marianne Verny, Pract. med., Dipl. Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, Zürich
- Jean-Pierr Voegeli, médecin généraliste, retraité, médecin responsable Fondation St-George, VD
- Miriam Vogel, Dr phil, Psychoanalytikerin, Privatpraxis, Zürich
- Anna von Ditfurth, lic. phil, Ethnologin und Familientherapeutin, Zürich
- Laura Wade-Bohleber, Dr. phil., Psychotherapeutin, Zürich
- Mirjam Wäffler, Dr. med., Psychoanalytikerin IPA, Zürich
- Gilliane Wagnière, Médecin, Pédiatre, Cabinet privé, Vaud
- Nicolas Walder, Monsieur, Conseiller national, Parlement fédéral, Genève
- Jürg Waldmeier, lic. phil Psychologe, Klinischer Psychologe, Aargau
- Jann Weibel, Msc. Psychosoziale Beratung, Therapeut, Mediator, Supervisor, Dozent, ZHAW, in eigener Praxis, Zürich
- Mary Wenker, Présidente, Choosehumanity, Fribourg
- Monika Werner, Dr.med., Ärztin in eigener Praxis, Praxis für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Zürich
- Mirjam Widmer, Eidg. anerkannte Psychotherapeutin, Mtgl. Netzwerk Psy4Asyl, Aargau
- Fanny Willen, Madame, Médecin, CHUV, Vaud
- Matthias Willi, lic. phil, Eidg. anerkannter Psychotherapeut, Zürich
- Claudia Wilopo, Dr. des., Lehrbeauftragte, Universität Basel, Zürich
- Hanna Wintsch, Dr. phil., Fachpsychologin für Psychotherapie/Kinder- und Jugendpsychologie, Zürich
- Anna Wyss, Dr., Sozialwissenschaftlerin, Universität Bern, Zürich
- Silvia Zanotta, Dr. phil., Psychotherapeutin, Zürich
- Gisela Zeller, Eidgen anerk. Psychotherapeutin, Dozentin, Supervisorin, Basel Stadt
- Klaus Zemp, lic. theol. dipl. analytischer Psychologe, Psychotherapeut i.R., St.Gallen
- Barbara Zoli, Psychotherapeutin, Aargau
- Isabella Zolliker, Sozialarbeiterin, Beratungsstelle Castagna, Zürich
- Anja Zorn, Psychotherapeutin, KJPP, Zürich
- Nicole Züllig, Dr. phil. Fachpsychologin FSP, Psychotherapeutin, Praxis, Zürich
- Theresa Zumsteg, dipl. Psych. / Psychotherapeutin FSP, Psychotherapie, Aargau
- Julian Zuniga, Médecin, Médecin assistant, Appartenance, Vaud
- Christian Zürni, Dr. med., Kinder- und Jugendpsychiater, Zürich
- Schweizerische Stiftung Pro Mente Sana
- Verein Zaffe, Begleitung von geflüchteten Menschen im Raume Solothurn
- Verein Ethik und Medizin Schweiz
- Vorstand der Zürcher Ges. für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie , Zürich

Weitere Unterzeichnende (23, 15.02.2022)

- Trudelies Amsler-Leonhardt, Musicienne, Vaud
- Ulrich Bolleter, Dr. Ing., pensioniert, Zürich
- Peter Bryner, Aargau
- Carlos Carillo, Valais
- Francine Carrillo, Théologienne, A la retraite, Eglise protestante de Genève, Genève
- Denise Daenzer, Ethnologin, Zürich
- Constance de Lavallaz, Avocat, retraitée, Genève
- Coraline de Wurstemberger, Vaud
- Gabriela Diriwächter, Bern
- Catherine Eisenhoffer Meyer, retraitée, Genève
- Isabelle Frutiger, ass, Genève
- Barbara Geering Thut, Zürich
- Mike Gosteli, lic. phil. 1, Historiker, Einwohnerrat Riehen, Basel Stadt
- Stephan Heilmann, Rentner, Zürich
- Andre-Marc Huwyler, Genève
- Delphine Klopfenstein Broggini, Conseillère nationale, Conseillère nationale - Les Vert-e-s, Parlement fédéral, Genève
- José Méan, retraitée, Genève
- Annamarie Michel, Lic. phil, Zürich
- Germaine Muller, retraitée, Vaud
- Angela Ortega, Enseignante, Genève
- Isabelle Pasquier-Eichenberger, Conseillère nationale, Genève
- Daniel Pilloud, Genève
- Catherine Plattner, Madame, Musicienne, L'OCG, Genève
- Christine Regard, Genève
- Joel Reiff, Musiklehrer, pensioniert, Zürich
- Claude-Annette Renaud, retraitée, Vaud
- Yannick Rothenbühler, Bern
- Marc Ruchti, Vaud
- Martine Ruchti-Chevalley, lic. rer. pol., retraitée, Vaud
- Philippe Schmied, Ancien Député Vaudois, Vaud
- Sarah Steinegger, Schweizer Bürgerin, Schwyz

- Elisa Walter, Zürich
- Thierry Weidmann
- Daniel Winkler, Pfarrer & Flüchtlingshelfer «riggi-asyl», Gründungsmitglied der «Aktionsgruppe Nothilfe – Sackgasse Langzeitnothilfe»
- Alexandre Winter, Pasteur, Eglise protestante de Genève, Genève
- Brava (ehemals Terre des Femmes)

Anhang 2:
Alle Antworten auf den offenen Brief

KANTON AARGAU

DEPARTEMENT
GESUNDHEIT UND SOZIALES
Vorsteher

Jean-Pierre Gallati
Regierungsrat
Bachstrasse 15, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 44 40
jean-pierre.gallati@ag.ch
www.ag.ch/dgs

terre des hommes
Frau Franziska Lauper
Geschäftsleiterin
Laufenstrasse 12
4054 Basel

9. März 2022 / pmb

Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Lauper

Sie haben mit Schreiben vom 16. Februar 2022 Herrn Regierungsrat Dieter Egli, Vorsteher Departement Volkswirtschaft und Inneres, den Offenen Brief von 453 Ärzten, Psychiatern und Psychotherapeuten überreicht, die eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden in der Schweiz fordern. In Absprache mit dem Departement Volkswirtschaft und Inneres nehme ich dazu wie folgt Stellung:

Der Kanton Aargau erachtet die Situation von langjährig anwesenden Ausreisepflichtigen ebenfalls als schwierig. Gleichzeitig stellt er fest, dass im migrationsrechtlichen Bereich eine kantonale Strategie zur Verbesserung der Situation von Ausreisepflichtigen im Hinblick auf das umfassende Netz an bundesrechtlichen Vorgaben nicht möglich ist. Das Ausländer- und Asylrecht liegt in der ausschliesslichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Die Rechtsanwendung durch die Kantone wird durch detaillierte Weisungen des Staatssekretariats für Migration (SEM) präzisiert und regelmässig von den Gerichtsinstanzen auf Bundes- und Kantonsebene überprüft. Die Kantone sind gesetzlich verpflichtet, die vom SEM verfügten Wegweisungen zu vollziehen. Die für Ausreisepflichtige geltenden Einschränkungen, wie zum Beispiel das Arbeitsverbot und die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen führte der Gesetzgeber ein, um Fehlanreize für einen weiteren Aufenthalt in der Schweiz zu vermeiden und den Wegweisungsvollzug sicherzustellen. Diese Rechtsgrundlagen sind für alle Kantone gleichermassen verbindlich und schränken den kantonalen Handlungsspielraum ein. Grundsätzliche Änderungen müssten somit über den üblichen Gesetzgebungsprozess auf eidgenössischer Ebene erfolgen.

In der Vergangenheit hat der Bundesrat in seinen Beantwortungen parlamentarischer Vorstösse die Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine kollektive Regularisierung bestimmter Personengruppen jeweils abgelehnt. Eine Härtefallregelung ist jedoch in Einzelfällen auf entsprechendes Gesuch hin auch bei Ausreisepflichtigen möglich. Die Kantone können eine Härtefallbewilligung allerdings nicht in eigener Kompetenz erteilen, sondern nur dann, wenn das SEM nach Prüfung des Einzelfalls der Erteilung einer Bewilligung zustimmt.

Dementsprechend ist auch in diesem Bereich die Praxis der Bundesbehörden massgebend. Das Amt für Migration und Integration Kanton Aargau (MIKA) unterbreitet entsprechende Fälle regelmässig dem SEM zum Entscheid.

Für die Unterbringung und Betreuung von Ausreisepflichtigen ist der Kantonale Sozialdienst des Departements Gesundheit und Soziales zuständig. Vom Bund zugewiesene Personen und Ausreisepflichtige wohnen in kantonalen Asylunterkünften. Der Kantonale Sozialdienst berücksichtigt bei der Platzierung die Bedürfnisse von Einzelpersonen und Familien, dies möglichst unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Der Kanton Aargau ist bestrebt, bei ausreisepflichtigen Familien mit Kindern eine Unterbringung zu gewährleisten, die insbesondere auch den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird. Gleiches gilt für Personen, die psychisch und/oder physisch belastet sind. Schulkinder besuchen die Regelschule in der Standortgemeinde.

Dem Kantonalen Sozialdienst ist bewusst, dass sich Personen in der Nothilfe oft in einer schwierigen Situation mit wenig Perspektiven befinden. Das kann sich auch auf die Gesundheit auswirken. Er stellt daher sicher, dass die medizinische Grundversorgung für Ausreisepflichtige jederzeit gewährleistet ist. Seit kurzem bietet er psychisch belasteten Personen die Möglichkeit, an Beschäftigungsprogrammen teilzunehmen, um sich gesundheitlich zu stabilisieren. Zudem stehen weitere niederschwellige Angebote in den Gemeinden, organisiert von Freiwilligenorganisationen, auch ausreisepflichtigen Personen zur Verfügung.

Ausreisepflichtige Personen, die sich für eine selbstständige Rückkehr interessieren oder entscheiden, erhalten eine kostenlose Beratung sowie Informationen über die Möglichkeiten der Rückkehrhilfe und Wiedereingliederung im Herkunftsland. Die Rückkehrberatung und -hilfe erfolgt durch das MIKA.

Freundliche Grüsse

Jean-Pierre Gallati

Verteiler

- NCBI Schweiz, Herr Sherefedin Mussa, Mitglied Geschäftsleitung, Alte Landstrasse 93a, 8800 Thalwil
- Verein Solidaritätsnetz Zürich, Frau Hanna Gerig, Co-Geschäftsleiterin, Dienerstrasse 58, 8004 Zürich

Kopie

- Herr Regierungsrat Dieter Egli, Vorsteher Departement Volkswirtschaft und Inneres

From: Diem Roland <Roland.Diem@AR.CH>
Sent on: Friday, May 6, 2022 12:33:34 PM
To: Sylvia Valentin <sylvia.valentin@terredeshommes.ch>
CC: Cavalheiro Emanuele <Emanuele.Cavalheiro@AR.CH>
Subject: Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Valentin

Wir haben den Offenen Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden mit Begleitschreiben zur Kenntnis genommen und teilen Ihnen mit, dass das Amt für Inneres des Kantons Appenzell Ausserrhoden seinen Auftrag nach geltendem Recht und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen erfüllt.

Freundliche Grüsse
Roland Diem

Appenzell Ausserrhoden
Departement Inneres und Sicherheit
Amt für Inneres
Abteilung Migration
Landsgemeindeplatz 2
9043 Trogen
www.ar.ch
Roland Diem, Amtsleiter
Telefon +41 71 343 63 34
roland.diem@ar.ch

Andreas Räss
Dienststellenleiter
Parkstrasse 3
4402 Frenkendorf
T 061 552 51 61
andreas.raess@bl.ch
http://www.migration.bl.ch

BASEL LANDSCHAFT
SICHERHEITSDIREKTION
AMT FÜR MIGRATION UND BÜRGERRECHT

Amt für Migration und Bürgerrecht, Parkstrasse 3, 4402 Frenkendorf

terre des hommes schweiz
Frau Franziska Lauper
Laufenstr. 12
4053 Basel

Frenkendorf, 18. Februar 2022
Ref.: RAE/Me

Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Lauper,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 15. Februar 2022 in obiger Angelegenheit und den zugehörigen offenen Brief und danken Ihnen dafür.

Das Amt für Migration und Bürgerrecht Basel-Landschaft ist u.a. zuständig für den Vollzug asylrechtlicher Entscheide des Bundes. Dazu gehört auch die Organisation der Ausreise für Personen, deren Asylgesuch rechtskräftig abgewiesen wurde und die damit der Ausreisepflicht unterliegen. Fragen der Unterbringung und Betreuung gehören nicht zu unserem Kompetenzbereich, wir sind uns aber durchaus bewusst, dass es auf diesem Feld heikle Bereiche geben kann.

Die Prüfung und allenfalls Erfüllung der von Ihnen aufgestellten Forderungen kann nur durch die politischen Instanzen auf der Ebene des Bundes angegangen werden. Wie wir dem offenen Brief entnehmen, sind diesbezüglich auch bereits spezifische Vorstösse und Eingaben erfolgt. Wir verfolgen gespannt deren Entwicklung und werden uns in der Praxis bei gesetzlichen Änderungen entsprechend ausrichten.

Freundliche Grüsse

Andreas Räss
Dienststellenleiter

Dr. Anton Lauber
Regierungsrat
Rheinstrasse 33b
4410 Liestal
T +41 61 552 52 05
anton.lauber@bl.ch

BASEL LANDSCHAFT
FINANZ- UND KIRCHENDIREKTION
VORSTEHER

Finanz- und Kirchendirektion, Rheinstrasse 33b, 4410 Liestal

terre des hommes
Frau Franziska Lauper
Laufenstrasse 12
4053 Basel

Liestal, 11. April 2022

Offener Brief für eine humanitäre Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Valentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 15. Februar 2022 und den zugehörigen offenen Brief.

Die Auswirkungen eines langen Verbleibens in der Nothilfe für die betroffenen Menschen sind uns hinlänglich bewusst. Die Vorgaben dazu erhalten die Kantone jedoch durch die Bundesgesetzgebung.

Im Kanton Basel-Landschaft sind die Gemeinden sowie verschiedene Ämter zuständig für die Belange im Asylbereich. Die Finanz- und Kirchendirektion bzw. das Kantonale Sozialamt ist unteranderem für die Umsetzung und Anwendung der Sozialhilfe in den Gemeinden zuständig. Der Kanton führt keine Ausschaffungszentren. Auch die abgewiesenen Asylsuchenden sind in den Gemeinden untergebracht. Die Gemeinden, die für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig sind, beherbergen diese Menschen mehrheitlich in individualen Wohnungen oder in Kollektivunterkünften (Wohngemeinschaften). Ebenso steht ihnen die Möglichkeit einer privaten Unterbringung offen.

Des Weiteren trägt der Kanton, zu der von Ihnen erwähnten gesetzlichen Nothilfe, die Kosten für die Unterbringung, die obligatorische Krankenversicherung (gleicher Zugang zum Gesundheitssystem wie die Wohnbevölkerung) und weitere notwendige Kosten gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz. Auch können sie an durch den Kanton finanzierten Beschäftigungsprogrammen (Tagesstruktur) teilnehmen. Selbstverständlich haben abgewiesene Kinder den vollen Zugang zum Bildungswesen (Schulobligatorium).

Die Umsetzung des Vollzugs der ausländerrechtlichen Massnahmen ist in unserem Kanton die Aufgabe des Amtes für Migration und Bürgerrechte. Diese Aufgabe wird nach unserem Wissen so situativ wie möglich umgesetzt. Dabei werden Rayonverbote nur zurückhaltend und begründet ver-

fügt und können auf dem ordentlichen Rechtsweg angefochten werden. Beim Vollzug von Wegweisungen wird immer die Möglichkeit einer freiwilligen, mit Rückkehrhilfe unterstützten Ausreise angeboten. Dabei steht eine Rückkehr in Würde und Sicherheit im Vordergrund.

Letztendlich ist die Entscheidung über die Asylgewährung bzw. den Vollzug der getroffenen Massnahmen im Asylbereich oder die Aufhebung einer Wegweisungsverfügung Sache des Staatssekretariats für Migration. Die Erfüllung der von Ihnen aufgelisteten Forderungen kann nur durch die politischen Instanzen auf Bundesebene angegangen werden. Einheitliche Regelungen und Anwendungen in diesen Bereichen würden von uns sehr begrüsst.

Freundliche Grüsse

Dr. Anton Lauber

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt

Regierungsrat Kaspar Sutter
Rheinsprung 16/18
CH-4001 Basel

Tel.: +41 61 267 85 40
Fax: +41 61 267 60 10
E-Mail: kaspar.sutter@bs.ch
www.wsu.bs.ch

terre des hommes schweiz
Franziska Lauper, Geschäftsführerin
Laufenstrasse 12
4053 Basel

Basel, 24. März 2022

Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Lauper
Sehr geehrter Herr Mussa
Sehr geehrte Frau Gerig

Sie haben mir mit Schreiben vom 15. Februar 2022 einen Offenen Brief von 453 Ärztinnen und Ärzten, Psychiaterinnen und Psychotherapeuten zugestellt, die eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden in der Schweiz fordern. Ich bedanke mich für den Brief und nehme zu Ihren Anliegen gerne Stellung.

Ich kann Ihre Sorgen und Forderungen sehr gut nachvollziehen. Dass abgewiesene Asylsuchende nur Nothilfe bekommen, ist eine Vorgabe des Bundes und ist in Art. 81 und 82 Abs. 1 des Asylgesetzes geregelt. Die Ausgestaltung der Nothilfe ist Sache der Kantone (Art. 12 i.V.m. Art. 42 Bundesverfassung). Den betroffenen Personen innerhalb des vorgegebenen rechtlichen Rahmens für die Zeit bis zu ihrer Ausreise ein möglich würdiges Dasein zu ermöglichen, ist seit vielen Jahren eine Herausforderung – auch für den Kanton Basel-Stadt. Speziell im Fall von langfristigem Nothilfebezug ist es schwierig, sowohl der Logik und Kohärenz des Asylrechts wie auch humanitären Grundwerten gerecht zu werden.

Wir versuchen im Kanton Basel-Stadt, das Nothilfesystem innerhalb des gegebenen rechtlichen Rahmens so menschlich wie möglich auszugestalten:

- **Unterstützungsansätze**
  Nothilfe wird in Basel-Stadt in der Regel wöchentlich ausgerichtet und umfasst eine Kostengutsprache für die Notschlafstelle und 12 Franken für Verpflegung und Hygiene pro Person und Tag. In begründeten Ausnahmefällen, insbesondere bei Familien mit minderjährigen Kindern und unbegleiteten Minderjährigen, werden die Ansätze der Nothilfe bis zu den Ansätzen für Asylsuchende angehoben (z.B. spezielle Ausgaben für Kinder).

- **Unterbringung**
  In Basel-Stadt werden vulnerable Personen (unbegleitete Minderjährige, alleinstehende Mütter mit Kind(ern), Familien, alte und gebrechliche Menschen, Menschen mit gravierenden Gesundheitsproblemen und/oder Behinderungen) in besonderen Strukturen der Sozialhilfe untergebracht (Asylliegenschaften). Den nicht vulnerablen Betroffenen – i.d.R. alleinstehende Männer - wird Obdach in der Notschlafstelle angeboten. Es sind wenige Nothilfebeziehende, die über längere Zeit dort übernachten. Tagsüber stehen Nothilfebeziehenden, die in der Not-

schlafstelle übernachten, verschiedene Strukturen zur Verfügung, wo sie sich aufhalten können: das Tageshaus für Obdachlose an der Wallstrasse, die Gassenküche, Soup&Chill, Quartiertreffpunkte oder als Anlaufstelle auch der Verein Schwarzer Peter mit Gassenarbeit. In Basel-Stadt können neu Nothilfebeziehende nach sechs Monaten in den Liegenschaften der Sozialhilfe untergebracht werden und müssen also nicht mehr in der Notschlafstelle übernachten (s.u.).

- **Beschäftigung**
  Für abgewiesene Asylsuchende gilt gemäss Bundesrecht ein Erwerbsverbot. Als Sozial- und Wirtschaftsdirektor würde ich es jedoch begrüssen, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen dürften. Das Bundesrecht sieht aber nicht ein generelles Beschäftigungsverbot vor. In Basel-Stadt dürfen Nothilfebezügerinnen und -bezüger an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Ziel ist in erster Linie, eine sinnvolle Tagesstruktur zur Verfügung zu stellen.

- **Bildung**
  Im Kanton Basel-Stadt werden jugendliche Nothilfebeziehende bezüglich der Teilnahme an einer beruflichen Grundbildung gleichbehandelt wie jugendliche Sans-Papiers. Der Kanton setzt hier den Schwerpunkt bei der Ermöglichung einer selbstständigen Zukunft für Jugendliche und junge Erwachsene. Eine Berufslehre stellt selbst bei einer allfälligen späteren Rückkehr ins Herkunftsland eine gute Investition dar.

- **Gesundheitsversorgung**
  Medizinische Notversorgung ist gewährleistet: Personen mit ungeregeltem Aufenthalt, die medizinische Behandlung bedürfen, werden von den Sozialhilfe an eine definierte Arztpraxis verwiesen. Bei Bedarf wird für sie auch eine Krankenversicherung abgeschlossen.

- **Rechte von Kindern**
  Kinder haben das Recht und die Pflicht, die Regelschule zu besuchen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. In Basel besuchen daher Kinder von abgewiesenen Asylsuchenden die Regelschulen und werden von der Sozialhilfe mit dem nötigen Schulmaterial ausgestattet. Wie bereits erwähnt, können abgewiesene Asylsuchende mit Kindern in begründeten Einzelfällen höhere Unterstützungsbeiträge erhalten und werden in Wohnungen untergebracht, die den Bedürfnissen von Familien angepasst sind. Der Kanton Basel-Stadt legt Wert darauf, dass Kinder in einem akzeptablen Umfeld leben, die öffentliche Schule besuchen und eine Ausbildung, Berufslehre oder eine andere Ausbildung auf Sekundarstufe II absolvieren können.

- **Regularisierungsmöglichkeiten**
  Art. 14 Abs. 2 Asylgesetz legt fest, dass asylsuchende Personen auf Antrag des Kantons eine Aufenthaltsbewilligung erhalten können, wenn sie sich seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz aufhalten und wegen fortgeschrittener Integration ein schwerwiegender Härtefall vorliegt. Die Asylstatistik des Staatssekretariats für Migration SEM zeigt, dass der Weg zur einer regulären Aufenthaltsbewilligung über ein Härtefallgesuch nur ganz wenigen Nothilfebezügerinnen und -bezügern offensteht. Das Migrationsamt Basel-Stadt beantragt beim Bund die Bewilligung für eine Aufenthaltsregelung, wenn abgewiesene Asylsuchende die Kriterien eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls erfüllen. Dies betrifft wenige Einzelfälle. Die Entscheidpraxis des Bundes ist diesbezüglich leider restriktiv.

Auch wenn die Regelung der Nothilfe des Kantons Basel-Stadt im interkantonalen Vergleich zu den grosszügigeren gehört, sowohl was die Unterstützungsansätze als auch die Unterbringung betrifft, ist ein Leben nur mit der Nothilfe sehr hart. Sie ist nicht als dauerhafte Lösung gedacht.

Im Kanton-Basel Stadt sind wir bestrebt, innerhalb des gegebenen rechtlichen Rahmens die Bedingungen für abgewiesene Asylsuchende zu verbessern. So setzen wir aktuell die Forderungen der Motion Oliver Bolliger betreffend «Würdige Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehenden Asylsuchenden»[1] um: Ab 1. April 2022 können abgewiesene Asylsuchende mit mehr als sechs Monaten Nothilfebezug in Liegenschaften der Sozialhilfe untergebracht und Gastverhältnisse von Privatpersonen, die abgewiesene Asylsuchende beherbergen, offizialisiert werden.

Möglichkeit einer vorläufigen Aufnahme
Weiteren Verbesserungsbedarf sehen wir bei den Nothilfebeziehenden, bei denen absehbar ist, dass sie auch nach längerer Zeit nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Es gibt eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Personen, die aus technischen oder gesundheitlichen Gründen die Schweiz nicht verlassen kann und ohne Perspektive von Nothilfe leben muss. Dazu zählen beispielsweise tibetische Asylsuchende aus Indien oder Nepal sowie Personen aus einzelnen afrikanischen Staaten, die keine Chance haben, von ihren Herkunftsstaaten Ausweispapiere zu erhalten.

Bei dieser Personengruppe sollte unserer Meinung nach geprüft werden, ob eine vorläufige Aufnahme erteilt werden kann. Um einen unbefristeten Langzeitbezug von Nothilfe zu vermeiden, könnte das SEM Art. 46 Abs. 2 Asylgesetz anwenden, der eine zeitlich befristete Ersatzmassnahme für den nicht möglichen Vollzug einer rechtskräftig verfügten Aus- oder Wegweisung vorsieht. Eine vorläufige Aufnahme aufgrund technischer Unmöglichkeit der Wegweisung wird vom SEM jedoch bisher kaum je angeordnet.

Im Bericht zum Anzug Michelle Lachenmeier betreffend «Arbeitsbewilligung und Ausbildungsbeendigung für Asylsuchende bis zur tatsächlichen Ausreise»[2] hat der Regierungsrat dieses Anliegen ausgeführt und seine Bereitschaft festgehalten, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass das SEM seinen gesetzlichen Ermessenspielraum zur Gewährung der vorläufigen Aufnahme künftig grosszügiger zugunsten von abgewiesenen Asylsuchenden nutzt. Ein erstes Gespräch diesbezüglich hat 2021 mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter stattgefunden.

Ich hoffe, dass diese Ausführungen aufzeigen konnten, wie wir im Kanton Basel-Stadt um eine möglichst humane Ausgestaltung des Nothilfesystems bemüht sind.

Freundliche Grüsse

Kaspar Sutter
Vorsteher

[1] https://www.grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200110638

[2] https://www.grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200109530

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la santé et des affaires sociales
Route des Cliniques 17, 1701 Fribourg

Direction de la santé et des affaires sociales DSAS
Direktion für Gesundheit und Soziales GSD

Route des Cliniques 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 29 04
www.fr.ch/dsas

—

Réf:
Courriel: dsas@fr.ch

Terre des hommes Schweiz
Madame Sylvia Valentin
Politique de développement
Laufenstrasse 12
4053 Basel

Fribourg, le 2 août 2022

Lettre ouverte pour un traitement humain des requérant-e-s d'asile débouté-e-s

Madame,

J'ai bien reçu votre courrier que m'a transmis en février dernier M. le Conseiller d'Etat Romain Collaud, Directeur de la sécurité, de la justice et du sport. Depuis lors, ma Direction et mes services ont effectivement été très occupés par la prise en charge des personnes victimes de la guerre en Ukraine. En effet, depuis le mois de mars, ce sont plus de 1900 personnes en provenance d'Ukraine qui sont arrivées dans notre canton, surtout des femmes, des enfants et des personnes âgées.

Malgré cette crise exceptionnelle, les autres personnes du domaine de l'asile n'ont pas pour autant été oubliées. S'agissant des requérant-e-s d'asile débouté-e-s, je suis en mesure de répondre à vos questions de la manière suivante.

En préambule, je relève que l'accueil dans les cantons des requérant-e-s d'asile débouté-e-s se déroule dans le cadre des dispositions de la loi fédérale sur l'asile.

Nous portons une attention particulière aux enfants qui bénéficient avec leurs parents de normes spécifiques pour personnes déboutées vulnérables et qui peuvent rester dans leur logement jusqu'à l'exécution du renvoi. En outre, les enfants continuent d'être scolarisés dans leurs classes respectives (cf. Normes d'aide sociale pour les personnes relevant du domaine de l'asile, actualisées au 1er avril 2022 ; normes-asile-avril-2022.pdf (fr.ch)).

Constatant que certaines personnes à l'aide d'urgence souffraient de troubles psychiques et pour faciliter la coordination entre les différents partenaires concernés, un groupe de travail interdirectionnel, dénommé « Prévention pour les requérant-e-s d'asile débouté-e-s » a été mis sur pied en octobre 2020. Ainsi se sont réunis plusieurs médecins responsables du Réseau fribourgeois de santé mentale (RFSM), le responsable du Centre fédéral pour requérants d'asile (CFA) de la Guglera, un représentant du Service de la population et des migrants (SPoMi), de la Police cantonale fribourgeoise, du Service de l'action sociale (SASoc), ainsi que les représentants de la société ORS en charge du mandat Asile dans le canton de Fribourg, avec notamment une infirmière et un infirmier du réseau de santé ORS et le responsable des foyers de la Poya et de la Rosière, dédiés aux personnes déboutées. Ces échanges ont permis de mettre en évidence le besoin d'introduire des consultations de liaison, comme dans les autres foyers d'hébergement, en

complément aux présences hebdomadaires des infirmier-ière-s du réseau de santé ORS qui facilitent l'accès aux consultations chez les spécialistes de la santé pris en charge dans le cadre LAMal. En outre, les travaux du groupe ont abouti à la réalisation d'un instrument de coordination à l'attention du personnel infirmier et des médecins du RFSM, ainsi que des différents partenaires concernés. Cet instrument consiste en cartes Mémos, format de poche, décrivant les rôles des partenaires, la liste des contacts, les processus communs en lien avec une hospitalisation, la procédure d'asile « type », la procédure pour les cas complexes, ainsi que la procédure d'admission à l'hôpital, pendant le séjour à l'hôpital et de sortie de l'hôpital. Elles ont été présentées aux responsables des services partenaires concernés et du groupe de travail et ont pu être validées. Elles vont être imprimées et mises à disposition sous forme électronique grâce à un QR-code. Une phase pilote va démarrer en septembre prochain. Par ailleurs, des demi-journées d'information en réseau seront organisées pour les différent services partenaires.

Concernant les jeunes en formation, plus particulièrement les jeunes qui sont arrivés en Suisse en tant de requérant-e-s d'asile mineur-e-s non accompagné-e-s (RMNA), notre canton les autorise à terminer leur formation lorsqu'ils tombent sous le coup d'une décision négative et de renvoi de Suisse. En échange, ils – elles doivent s'engager à collaborer à leur retour dans leur pays. Ainsi, plusieurs jeunes ont pu terminer une attestation fédérale de formation professionnelle (AFP) ou un certificat fédéral de capacité (CFC). Nous pouvons même nous réjouir qu'un de ces jeunes, ayant brillamment réussi son AFP dans l'industrie laitière en date du 13 juillet 2022, a été autorisé à poursuivre sa formation et va débuter le mois prochain un CFC dans cette branche.

Je relève encore que les personnes déboutées hébergées au foyer de la Rosière, à Grolley, participent régulièrement à des activités en lien avec le foyer : jardinage, entretien du poulailler, récolte des fruits, activités sportives ou de loisirs, également avec des personnes bénévoles.

Enfin, notre canton porte une attention particulière aux personnes qui pourraient bénéficier d'une régularisation de leur statut et soumet au SEM tous les cas susceptibles d'obtenir une décision positive.

Au vu de ce qui précède, vous constaterez que ma Direction et mes services œuvrent et collaborent avec l'ensemble des Directions et services partenaires dans le but d'améliorer la situation de ces personnes, tout en respectant le cadre légal très restrictif qui prévaut dans ce domaine et qui est imposé par la Confédération.

Veuillez agréer, Madame, l'expression de mes salutations distinguées.

Philippe Demierre
Conseiller d'Etat

Copie

—

Romain Collaud, Conseiller d'Etat, Direction de la sécurité, de la justice et du sport ;
Patrick Pochon, Chef de service, Service de la population et des migrants.

REPUBLIQUE ET CANTON DE GENEVE
Département de la cohésion sociale
Le Conseiller d'Etat

DCS
Case postale 3965
1211 Genève 3

N/réf. : TAP/nmu
V/réf. : 800205-2022

Madame Franziska LAUPER
Directrice Terre des hommes Suisse
Madame Hanna GERIG
Co-directrice Solinetz
Monsieur Sherefedin MUSSA
Membre du comité NCBI Suisse
p/a Terre des hommes Suisse
Laufenstrasse 12
4053 Bâle

Genève, le 27 avril 2022

Concerne : lettre ouverte pour un traitement humain de requérant-e-s d'asile débouté-e-s

Mesdames les Directrices, Monsieur,

Votre courrier du 15 février 2022 m'est bien parvenu et son contenu a retenu ma meilleure attention.

Je suis comme vous sensible à la situation des requérantes et requérants d'asile déboutés qui, pour diverses raisons, émargent à l'aide d'urgence pendant de nombreuses années et se retrouvent ainsi durablement dans une situation de grande précarité. Cette situation est particulièrement difficile pour les enfants, adolescents et jeunes adultes en formation.

C'est la raison pour laquelle j'ai décidé d'autoriser l'Hospice général, en charge de l'accompagnement des migrants du domaine de l'asile à Genève, à déroger au règlement et aux directives en vigueur, pour que les enfants et les jeunes adultes âgés de 4 à 25 ans, puissent bénéficier de plusieurs aides financières complémentaires s'ils suivent une formation.

Pour les parents, je milite en faveur d'un assouplissement des conditions d'accès à un emploi, de sorte à ce qu'une demande de régularisation des conditions de séjour sous l'angle de l'article 14 de la loi sur l'asile (LAsi) puisse être envisagée.

Je vous prie de croire, Mesdames les Directrices, Monsieur, à l'assurance de mes sentiments les meilleurs.

Thierry Apothéloz

VKS
AMCS

Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz
Association des médecins cantonaux de Suisse
Associazione dei medici cantonali della Svizzera
Associaziun dals medis chantunals da la Svizra
Swiss Association of Cantonal Officers of Health

Terre des hommes
sylvia.valentin@terredeshommes.ch

Bern, 29. März 2022

3-4-4

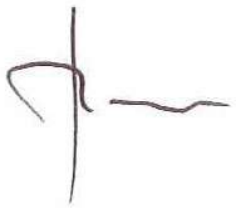
Offener Brief humane Behandlung abgewiesener Asylsuchender

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit offenem Brief vom 15. Februar 2022 haben Sie sich auch an die Kantonsärztinnen und Kantonsärzte gewandt und auf die schwierige Situation von abgewiesenen Asylsuchenden in der Schweiz aufmerksam gemacht. Die für diesen Bereich zuständigen Direktorenkonferenzen SODK und KKJPD haben im beiliegenden Antwortschreiben darauf hingewiesen, dass die rechtliche Situation den Kantonen nur beschränkten Spielraum zulässt, die Thematik aber durchaus immer wieder Gegenstand von politischen und fachlichen Diskussionen ist und auch Massnahmen zur Linderung der schwierigen Voraussetzungen getroffen werden. Der Vorstand der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS) ist sich den Herausforderungen und Konsequenzen für die betroffenen Personen bewusst und wird im Austausch mit kantonalen, interkantonalen oder nationalen Stellen gemäss seinen Möglichkeiten und Zuständigkeiten Massnahmen zur Verbesserung der medizinischen und psychischen Situation von abgewiesenen Asylsuchenden unterstützen.

VEREINIGUNG DER KANTONSÄRZTINNEN UND KANTONSÄRZTE DER SCHWEIZ

Dr. med. Rudolf Hauri



Präsident VKS
Kantonsarzt ZG
rudolf.hauri@zg.ch

Dr. med. Barbara Grützmacher

Vizepräsidentin VKS
Kantonsärztin BE
barbara.gruetzmacher@be.ch

Beilage:
- Antwortschreiben SODK und KKJPD

Kopie:
- Generalsekretariat SODK
- Generalsekretariat KKJPD

SODK_ Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
CDAS_ Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales
CDOS_ Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali

KKJPD CCDJP CDDGP
Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Terre des hommes Schweiz
Silvia Valentin
Laufenstr.12
4053 Bâle

Berne, mars 2022

Reg: azu-10.405

Votre lettre ouverte du 15.02.2022

Mesdames, Messieurs

Le 15 février 2022 vous avez envoyé une lettre ouverte adressée au Conseil fédéral, aux directeurs et directrices cantonaux des affaires sociales et des départements cantonaux de justice et police, aux médecins cantonaux, aux services de migration et aux politiciens et politiciennes concernant les bénéficiaires de l'aide d'urgence en Suisse. Les deux conférences cantonales, la CCDJP et la CDAS vont par cette lettre essayer de vous répondre au mieux en ce qui concerne leur domaine de compétence.

Dans votre lettre vous exposez la situation difficile, voire dramatique pour les personnes concernées et vous présentez sept requêtes concrètes afin d'améliorer le contexte de vie des personnes se retrouvant depuis plus d'une année sous le régime de l'aide d'urgence. Et ceci pour les personnes étant au moins une année à l'aide d'urgence. De manière générale, cette délimitation nous semble inadéquate en raison des besoins très différents entre les enfants, les femmes, les personnes vulnérables, les jeunes hommes et les familles. Ceci pourrait inciter les personnes à supporter une année le régime de l'aide d'urgence sans entreprendre les démarches nécessaires afin de quitter la Suisse, ce qui va à l'encontre des décisions du Parlement suisse.

Il est vrai que l'aide d'urgence comporte des défis incontournables pour les cantons. Cette problématique est connue des autorités, mais ces derniers sont liés à la loi sur l'asile. Les cantons sont tenus de procéder à un changement dans les approches de soutien lors du passage de l'aide sociale à l'aide d'urgence. Les cantons ne disposent d'aucune marge d'appréciation à cet égard. La réduction du niveau de soutien de l'aide sociale à l'aide d'urgence vise à ce que les personnes concernées, qui ne disposent pas d'un droit de séjour en Suisse, s'acquittent volontairement de leur obligation de quitter le pays, car elles n'ont pratiquement plus aucune incitation matérielle à rester en Suisse. C'est pourquoi aucune mesure d'intégration ou d'emploi n'est prévue pour les personnes frappées d'une décision de renvoi exécutoire. Les dispositions correspondantes sont contenues dans la loi sur l'asile (LAsi) à l'art. 82, al. 1, 4 et 5 ; en conséquence, la demande d'adaptation au système de l'aide d'urgence devrait être présentée au Parlement national. La motion 21.3187 de la conseillère nationale Streiff-Feller déposée le 16 mars 2021 propose de réguler le séjour de personnes déboutées de l'asile en vertu de la procédure régie par l'ancien droit, qui obéira a des critères claires et objectifs. Le Conseil fédéral estime que celle-ci doit être rejetée. La motion n'a pas encore été traitée au Conseil national.

En s'appuyant sur l'art. 30 al. 1 let. b de la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI) et l'art. 14 al. 2 let. c LAsi les cantons peuvent, avec l'accord du SEM, octroyer une autorisation de séjour en présence d'un cas de rigueur grave, dans la mesure où une intégration avancée et réussie le justifie à titre exceptionnel. Les cantons font usage de cette possibilité lorsque cela semble judicieux et approprié dans un cas particulier. Une réglementation générale du séjour des personnes dont la demande d'asile a été rejetée n'est pas prévue.

Les recommandations de la CDAS sur l'aide d'urgence élaboré en 2012 proposent des pistes aux cantons pour gérer au mieux cette problématique. Actuellement avec la crise sanitaire, le changement de pouvoir en Afghanistan et la guerre en Ukraine, l'exécution des renvois est rendue encore plus compliquée. Le risque de trouver encore plus de personnes sous le régime de l'aide d'urgence est grand. La CDAS s'est engagée pour l'octroi de titre de séjour provisoire aux Afghans, qui ne peuvent pas être rapatriés. Le SEM a revu sa pratique concernant le traitement des cas des ressortissants afghans dont l'exécution du renvoi a été ordonnée. Il pourra sous certaines conditions prononcer une admission provisoire. Cette adaptation a été approuvée le 13 janvier 2022 par la cheffe du DFJP. De plus, du fait des défis liés à l'aide d'urgence et des conditions de vie difficiles pour les bénéficiaires, la CFM avec l'appui de différents acteurs clés, entre autres la CDAS, CCDJP et l'ASM a mandaté une étude sur la situation spécifique des enfants bénéficiant de l'aide d'urgence auprès de l'institut "Marie Meierhofer Institut für das Kind." Cette étude devra permettre d'avoir une vue d'ensemble sur la situation des enfants bénéficiaires de l'aide d'urgence dans les différents cantons de la Suisse.

La CCDJP et la CDAS s'engagent avec leurs moyens pour rendre les cantons et le SEM attentifs aux situations de vie difficiles des personnes soumises au régime de l'aide d'urgence. Lors des rencontres du comité d'experts procédure d'asile et hébergement cette problématique est continuellement abordée, un sujet de débats, mais les perspectives de changements importants sans une modification de la loi sont impossibles.

Meilleures salutations

Conférence des directrices et directeurs
cantonaux des affaires sociales

Nathalie Barthoulot
Présidente

Conférence des directrices et directeurs
des départements cantonaux de justice et police

Fredy Fässler
Président

Copie à

- Membres de la CDAS et CCDJP
- SEM, Direction

Von: Brüschweiler Raphael <raphael.brueschweiler@ow.ch>
Gesendet: Freitag, 18. Februar 2022 11:36
An: Sylvia Valentin <sylvia.valentin@terredeshommes.ch>
Cc: Vishaj Durim <Durim.Vishaj@sarnen.ow.ch>
Betreff: AW: Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Valentin

Besten Dank für Ihre Informationen und für Ihr Engagement in der Frage wie abgewiesene Asylsuchende behandelt werden. Die Nothilfe ist im Kanton Obwalden folgendermassen organisiert:

- Zuständig für die Nothilfe sind die Gemeinden. Delegiert für alle Gemeinden übernimmt Sarnen diese Aufgabe.
- Vulnerable Personen dürfen in den Strukturen des Kantons wohnen bleiben. Diese Regelung betrifft Betagte, Familien, Frauen und beeinträchtige Personen. Somit gibt es keine Kinder in der Notunterkunft sondern nur gesunde männliche Einzelpersonen. Die Untebringung im Kanton Obwalden ist dezentral organisiert. Wir mieten für alle uns zugewiesenen Personen Wohnungen. Wir führen deshalb keine Durchgangzentren. Somit sind alle vulnerablen Personen in Wohnungen untergebracht.
- Im Kanton Obwalden gibt es nur eine Notunterkunft mit maximal 10 Personen. Zur Zeit sind weniger als fünf Personen in den Nothilfe. Für weitere Fragen zur Notunterkunft verweise ich Sie an die Gemeinde Sarnen.
- Aufgrund des BZ Glaubenberg erhält der Kanton nur Personen im beschleunigten Verfahren zugewiesen. Diese haben alle ein Bleiberecht. Abgewiesene Asylsuchende sind deshalb sehr selten.
- Mit Ihrem Anliegen ist der Kanton der falsche Ansprechpartner. Die Kantone und Gemeinden haben nur sehr wenig Handlungsspielraum und müssen die Anweisungen und Regelungen des Bundes zur Nothilfe umsetzen.

Freundliche Grüsse

Raphael Brüschweiler
Asyl- und Flüchtlingskoordinator

Sicherheits- und Justizdepartement
Sozialamt
Soziale Dienste Asyl

Dorfplatz 4
6060 Sarnen
Tel. +41 41 666 60 52 (dir)
Tel. +41 41 666 60 53 (Sekretariat)
asylkoordination@ow.ch oder
raphael.brueschweiler@ow.ch
www.ow.ch

Von: Fiona Elze <Fiona.Elze@sz.ch>
Gesendet: Donnerstag, 17. Februar 2022 12:08
An: Sylvia Valentin <sylvia.valentin@terredeshommes.ch>
Betreff: Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Valentin

Besten Dank für Ihr Schreiben und die Weiterleitung Ihres Schreibens, dessen Gegenstand uns vertraut ist.
Auch wir sehen uns teilweise mit Nothilfefällen konfrontiert, wo wir aus Bedenken zu Ausnahmen greifen. Dies jedoch nur individuell-konkret im Einzelfall.

Dennoch müssen Sachverhalte klar, ehrlich und konkret festgehalten werden:

1. Alle Personen in der Nothilfe sind in der Schweiz aus Eigenverschulden. Sie alle weigern sich, die gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungspflicht zu erfüllen und bei ihrer Rückreise mitzuwirken.
2. Die überwiegende Mehrheit ist illegal in die Schweiz eingereist, sie haben ein faires Asylverfahren durchlaufen, das eine unabhängige Beschwerdeinstanz vorsieht.
3. In allen Fällen ist die Wegweisung aus der Schweiz zulässig, zumutbar und möglich.
4. In unserem Kanton wird insbesondere Familien noch zusätzlich zur Rückkehrhilfe des Bundes eine grosszügige kantonale Rückkehrhilfe angeboten, um die Rückkehr und Reintegration zu vereinfachen.
5. Die Nothilfe ist nicht als Dauerzustand gedacht, sie geht davon aus, dass sich Betroffene an das Gesetz halten, in caso fristgerecht ausreisen.

Sie setzen sich demnach für Personen ein, die trotz des fairen Verfahrens, trotz des Angebots bei der Rückkehr zu helfen, sich ihren Aufenthalt erzwingen wollen, indem sie die freiwillige Ausreise, zu der sich verpflichtet sind, verweigern. Wenn Sie Verständnis für Eltern haben, die hierzu auch ihre Kinder einsetzen, ist das Ihre Sache. Persönlich habe ich damit grosse Mühe.

Der einzige Umstand, der einer gesonderten Betrachtung bedarf, sind Familien mit schulpflichtigen Kindern, die über drei Jahre auf einen rechtskräftigen Asylentscheid warteten. In diesen Fällen sind Kinder einfach zu sehr integriert, als das eine Rückreise opportun wäre. Das SEM hat mit der Neustrukturierung im Asylwesen hingegen eine Beschleunigung der Verfahren erreicht, dass Verfahren, die länger als ein Jahr dauern, die Ausnahme sind.

Aus juristischer Sicht ist der Kanton zudem der falsche Ansprechpartner: wir sind per Gesetz dazu verpflichtet, den vom SEM angeordneten Vollzug durchzusetzen. Wir sind per Gesetz verpflichtet, Personen aus den Asylstrukturen heraus zu nehmen.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse

Fiona Elze
Abteilungsleiterin
Asyl- und Flüchtlingswesen

Amt für Migration des Kantons Schwyz | Steistegstrasse 13 | Postfach 454 | CH-6431 Schwyz
Telefon: +41 41 819 22 67 | E-Mail: fiona.elze@sz.ch | Internet: www.sz.ch

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Staatssekretariat für Migration SEM
Direktion

P.P. CH-3003 Bern sem-cmi POST CH AG

terre des hommes schweiz
Laufenstrasse 12
Postfach
4018 Basel

Aktenzeichen: 200.0-6377/1/8
Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: sem-gak
Wabern, 4. März 2022

Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Damen und Herren

Frau Bundesrätin Keller Sutter dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 17. Februar 2022, worin Sie eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden in der Schweiz fordern, auf die psychische und physische Belastung der betroffenen Menschen aufmerksam machen und deshalb eine Regularisierung des Aufenthalts von abgewiesenen Geflüchteten, welche sich seit Jahren im Nothilferegime befinden, verlangen. Ich wurde mit der Beantwortung Ihres Schreibens beauftragt.

Vorab danke ich Ihnen für Ihr Engagement für die betroffenen Menschen. Ich kann verstehen, dass Sie die vielen bewegenden Schicksale von Einzelpersonen, mit denen Sie es täglich zu tun haben, berühren. Die Situation der Nothilfe- und insbesondere der Langzeitbeziehenden kann von den Betroffenen als schwierig wahrgenommen werden, was sich wiederum auf ihre psychische und körperliche Gesundheit auswirken kann.

Bei den Nothilfebeziehenden handelt es sich um Personen, welche ein nach rechtsstaatlichen Grundsätzen durchgeführtes Asylverfahren durchlaufen haben. Es wurde verbindlich und endgültig festgestellt, dass auf ihr Asylgesuch nicht eingetreten oder ihnen kein Asyl gewährt werden kann und keine Wegweisungsvollzugshindernisse bestehen. Alle diese ausreisepflichtigen, weggewiesenen Personen müssen und können somit die Schweiz verlassen. Gemäss Artikel 82 des Asylgesetzes (AsylG) werden sie konsequenterweise von der Sozialhilfe ausgeschlossen und erhalten nur noch Nothilfe im Sinne von Artikel 12 der Bundesverfassung (BV). Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ist auch ein Langzeitbezug kein Grund für eine Rückkehr ins Sozialhilfesystem. Mit dem Wechsel von

Sozialhilfe auf Nothilfe soll für diese Personen eine Zäsur gesetzt werden und die materiellen Anreize zum Verbleiben in der Schweiz sollen minimiert werden. Der Sozialhilfestopp dient damit der Umsetzung einer glaubwürdigen und kohärenten Asylpolitik. Er ist politisch gewollt und gesetzlich verankert.

Für die Ausrichtung der Nothilfe sind die kantonalen Behörden zuständig. Im Rahmen der Ausrichtung verfügen sie über einen gewissen Gestaltungsspielraum, beispielsweise im Bereich der Unterkünfte. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass die Leistungen keinen Integrationscharakter aufweisen dürfen. In Bezug auf Ihre Forderung nach einer Ausstellung von Identitätsdokumenten für ausreisepflichtige, weggewiesene Personen ist festzuhalten, dass sich eine rechtskräftig weggewiesene Person, die bis zum Ablauf der angesetzten Frist nicht ausreist, nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts rechtswidrig verhält. In diesem Sinne können ihr keine Bestätigung und kein Ausweis ausgestellt werden, die ihrem weiteren Aufenthalt in der Schweiz den Anschein von Rechtmässigkeit verleihen würden.

Das Recht auf Hilfe in Notlagen gewährt als Menschenrecht allen natürlichen Personen, die sich im Hoheitsgebiet der Schweiz in einer Notlage befinden – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status – alle unerlässlichen materiellen Grundlagen wie Nahrung, Kleidung und Obdach, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Nothilfebeziehende sind zudem obligatorisch krankenversichert und haben Anspruch auf Versorgung nach dem KVG-Grundleistungskatalog. Für alles, was über diese Leistungen hinausgeht, muss im Einzelfall geprüft und beurteilt werden, ob die betreffende Behandlung über die Nothilfe finanzierbar ist. Dabei ist zu beachten, dass die Nothilfe eine Überlebenshilfe darstellt. Diese umfasst nur Behandlungen, die der Erhaltung des Lebens, der Abwehr ernsthafter Gesundheitsschäden und der Vermeidung unzumutbaren Leidens dienen. Wenn dies für die entsprechende Leistung nicht zutrifft, dann kann sie nicht aus der Nothilfe finanziert werden.

Die Nothilfe wird von den zuständigen kantonalen oder kommunalen Behörden unter Berücksichtigung der individuell-konkreten Bedürfnisse der betroffenen Person ausgerichtet. Bei der Gewährung von Leistungen nach Art. 12 BV ist also in jedem Fall der Individualisierungsgrundsatz zu beachten, d.h. den besonderen Bedürfnissen von verletzlichen Personen wie Kindern kann und muss Rechnung getragen werden. Der Kinderrechtskonvention kann nicht entnommen werden, dass sie generell über die Nothilfe hinausgehende Leistungen an Kinder gebietet. Das SEM hat aufgrund der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der Ausgestaltung und Ausrichtung der Nothilfe keine Möglichkeit, in diesem Bereich Vorschriften zu erlassen, sieht aber auch keinen Handlungsbedarf, da die Rechte von Kindern und das Kindswohl auch in der Nothilfe gewährleistet werden können und müssen.

Wie der Bundesrat bereits im Rahmen der Beantwortung verschiedener parlamentarischer Vorstösse betont hat, würde eine Regularisierung des Status der Nothilfebeziehenden dem Grundsatz einer glaubwürdigen und konsequenten Asylpolitik widersprechen, da Personen mit einem rechtskräftig abgelehnten Asylgesuch die Schweiz auch tatsächlich verlassen sollen. Ist der Vollzug der Wegweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar, ordnet das SEM eine vorläufige Aufnahme an. Zudem besteht die Möglichkeit, dass die Kantone in schwerwiegenden persönlichen Härtefällen nach einem Aufenthalt von mindestens fünf Jahren, bei dem der Aufenthaltsort den Behörden stets bekannt war, und bei fortgeschrittener Integration den betroffenen Personen eine Aufenthaltsbewilligung erteilen können (Art. 14 Abs. 2 AsylG). Die Bewilligung unterliegt der Zustimmung durch das SEM. Es handelt sich dabei um eine Prüfung, die sämtlichen Umständen des Einzelfalls Rechnung trägt – im Gegensatz zu einer generellen Regularisierung rechtskräftig abgewiesener asylsuchender Personen.

Eine solche Regularisierung könnte hingegen zu einer Zunahme von unbegründeten Asylgesuchen in der Schweiz führen und die Bereitschaft abgewiesener Asylsuchender zur freiwilligen Ausreise erheblich schmälern.

Auch der Bundesrat vertritt die Auffassung, dass die geltenden Rechtsgrundlagen eine humanitäre und zielführende Lösung für Personen aus dem Asylbereich ermöglichen, sofern diese sich seit längerer Zeit in der Schweiz aufhalten und sich hier sehr gut integriert haben. Gerne verweise ich Sie auf den Bericht des Bundesrates vom 21. Dezember 2020 in Erfüllung des Postulats der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (18.3381) "Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers". Darin lehnt er eine kollektive Regularisierung von Sans-Papiers ab. Eine gesamtschweizerische Regularisierung zugunsten der erwähnten Personengruppe ist daher nicht möglich.

Ich bin überzeugt, dass die bestehenden gesetzlichen Grundlagen ausreichende Möglichkeiten bieten, ausgesprochenen Härtefällen auf einer Einzelfallbasis Rechnung zu tragen.

Ich hoffe, mit meinen Ausführungen zur Klärung der Situation beigetragen zu haben und danke Ihnen für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Christine Schraner Burgener

Staatssekretärin

SODK _ Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
CDAS _ Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales
CDOS _ Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali

KKJPD CCDJP CDDGP
Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Terre des hommes Schweiz
Silvia Valentin
Laufenstr. 12
4053 Basel

Bern, März 2022

Reg: azu-10.405

Ihr offener Brief vom 15.02.2022

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 15. Februar 2022 haben Sie einen offenen Brief «Für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden» an den Bundesrat, die kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren, die kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, die Kantonsärztinnen und -ärzte, die Migrationsämter und an weitere Politikerinnen und Politiker geschickt. Mit dem vorliegenden Schreiben erlauben wir uns im Namen der beiden kantonalen Direktorenkonferenzen KKJPD und SODK aus der Perspektive unseres Zuständigkeitsbereichs Stellung zu nehmen.

In Ihrem Brief schildern Sie die schwierige Situation für die Betroffenen und formulieren sieben konkrete Forderungen, um die Lebensumstände von nothilfebeziehenden Personen anzupassen. Dabei liegt der Fokus auf Personen, die seit mindestens einem Jahr in der Nothilfe sind. Generell erscheint uns diese Abgrenzung aufgrund der ganz unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern, Frauen, gefährdeten Personen, jungen Männern und Familien nicht zweckmässig. Eine derartige Unterscheidung könnte für abgewiesene Asylsuchende Anreize schaffen, das Regime der Nothilfe ein Jahr lang zu akzeptieren, ohne die notwendigen Schritte für eine Ausreise aus der Schweiz zu unternehmen, was den Entscheiden des Schweizer Parlaments zuwiderläuft.

Es trifft zu, dass die Nothilfe für die Kantone grosse Herausforderungen mit sich bringt. Bei der Umsetzung sind die Kantone an das Asylgesetz gebunden. Die Kantone sind rechtlich verpflichtet, beim Übergang von der Sozial- zur Nothilfe einen Wechsel bei den Unterstützungsansätzen vorzunehmen. In diesem Punkt haben die Kantone keinen Ermessensspielraum. Mit der Reduktion des Unterstützungsumfangs von der Sozialhilfe zur Nothilfe soll darauf hingewirkt werden, dass die betroffenen Personen, die über kein Aufenthaltsrecht in der Schweiz verfügen, ihrer Ausreisepflicht freiwillig nachkommen, da sie praktisch keinen materiellen Anreiz zum Verbleiben in der Schweiz mehr haben. Aus diesem Grund sind auch keinerlei Integrations- oder Beschäftigungsmassnahmen für Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid vorgesehen. Die entsprechenden Bestimmungen sind im Asylgesetz (AsylG) in Art. 82 Abs. 1, 4 und 5 enthalten; entsprechend müsste das Anliegen einer Anpassung des Systems der Nothilfe beim nationalen Gesetzgeber eingebracht werden. Die am 16. März 2021 eingereichte Motion 21.3187 von Nationalrätin Marianne Streiff-Feller schlägt vor, eine einmalige Möglichkeit zur aufenthaltsrechtlichen Regularisierung für Personen aus dem altrechtlichen Verfahren mit klaren objektiven Kriterien zu schaffen. Ziel der Motion ist eine einmalige Regularisierung des Aufenthalts von Personen, die sich seit längerer Zeit in der Nothilfe

befinden. Nach Ansicht des Bundesrates ist diese Motion abzulehnen. Die Motion wurde im Nationalrat noch nicht behandelt.

Gestützt auf Art. 30 Abs. 1 Bst. b des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) und Art. 14 Abs. 2 Bst. c AsylG können die Kantone bei Vorliegen eines schwerwiegenden Härtefalls mit Zustimmung des SEM eine Aufenthaltsbewilligung erteilen, sofern eine fortgeschrittene, erfolgreiche Integration dies ausnahmsweise rechtfertigt. Die Kantone machen von dieser Möglichkeit Gebrauch, wenn dies im Einzelfall sinnvoll und angemessen erscheint. Eine generelle Regelung des Aufenthalts von Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, ist dagegen nicht vorgesehen.

Die von der SODK im Jahr 2012 herausgegebenen Empfehlungen für die Nothilfe von ausreisepflichtigen Personen des Asylbereichs zeigen den Kantonen Wege auf, wie dieser Thematik möglichst gut begegnet werden kann. Aktuell wird mit der Corona-Pandemie, dem Machtwechsel in Afghanistan und dem Krieg in der Ukraine der Vollzug von Wegweisungen zusätzlich erschwert. Die Gefahr, dass in naher Zukunft noch mehr Personen ins Regime der Nothilfe fallen, ist gross. Die SODK hat sich für die Erteilung einer vorläufigen Aufnahmebewilligung für Afghaninnen und Afghanen eingesetzt, die nicht rückgeführt werden können. Das SEM hat seine Praxis im Zusammenhang mit der Behandlung von Fällen von afghanischen Staatsangehörigen, deren Wegweisung angeordnet wurde, geändert. Unter bestimmten Voraussetzungen kann es nun eine vorläufige Aufnahme verfügen. Diese Anpassung wurde am 13. Januar 2022 von der Vorsteherin des EJPD genehmigt. Aufgrund der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Nothilfe und den schwierigen Lebensbedingungen der nothilfebeziehenden Personen hat die EKM mit Unterstützung verschiedener zentraler Akteure, darunter die SODK, die KKJPD und die VKM, beim «Marie Meierhofer Institut für das Kind» eine Studie über die spezifische Situation von Kindern in der Nothilfe in Auftrag gegeben. Sie soll einen Überblick über die Situation dieser Kinder in den verschiedenen Kantonen der Schweiz vermitteln.

Die KKJPD und die SODK setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür ein, die Kantone und das SEM für die schwierige Lebenssituation der Personen, die dem Regime der Nothilfe unterstellt sind, zu sensibilisieren. Im Rahmen des gemeinsamen Fachaustausches zum Asylverfahren und der Unterbringungssituation betroffener Personen wird die Thematik regelmässig angesprochen und analysiert. Weitreichende Veränderungen sind jedoch ohne eine Gesetzesänderung nicht möglich.

Freundliche Grüsse

Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren

Nathalie Barthoulot
Präsidentin

Konferenz der Kantonalen
Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

Fredy Fässler
Präsident

Kopie an

- Mitglieder SODK und KKJPD
- SEM, Direktion

SODK _ Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
CDAS _ Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales
CDOS _ Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali

KKJPD CCDJP CDDGP
Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Terre des hommes Schweiz
Silvia Valentin
Laufenstr.12
4053 Bâle

Berne, mars 2022

Reg: azu-10.405

Votre lettre ouverte du 15.02.2022

Mesdames, Messieurs

Le 15 février 2022 vous avez envoyé une lettre ouverte adressée au Conseil fédéral, aux directeurs et directrices cantonaux des affaires sociales et des départements cantonaux de justice et police, aux médecins cantonaux, aux services de migration et aux politiciens et politiciennes concernant les bénéficiaires de l'aide d'urgence en Suisse. Les deux conférences cantonales, la CCDJP et la CDAS vont par cette lettre essayer de vous répondre au mieux en ce qui concerne leur domaine de compétence.

Dans votre lettre vous exposez la situation difficile, voire dramatique pour les personnes concernées et vous présentez sept requêtes concrètes afin d'améliorer le contexte de vie des personnes se retrouvant depuis plus d'une année sous le régime de l'aide d'urgence. Et ceci pour les personnes étant au moins une année à l'aide d'urgence. De manière générale, cette délimitation nous semble inadéquate en raison des besoins très différents entre les enfants, les femmes, les personnes vulnérables, les jeunes hommes et les familles. Ceci pourrait inciter les personnes à supporter une année le régime de l'aide d'urgence sans entreprendre les démarches nécessaires afin de quitter la Suisse, ce qui va à l'encontre des décisions du Parlement suisse.

Il est vrai que l'aide d'urgence comporte des défis incontournables pour les cantons. Cette problématique est connue des autorités, mais ces derniers sont liés à la loi sur l'asile. Les cantons sont tenus de procéder à un changement dans les approches de soutien lors du passage de l'aide sociale à l'aide d'urgence. Les cantons ne disposent d'aucune marge d'appréciation à cet égard. La réduction du niveau de soutien de l'aide sociale à l'aide d'urgence vise à ce que les personnes concernées, qui ne disposent pas d'un droit de séjour en Suisse, s'acquittent volontairement de leur obligation de quitter le pays, car elles n'ont pratiquement plus aucune incitation matérielle à rester en Suisse. C'est pourquoi aucune mesure d'intégration ou d'emploi n'est prévue pour les personnes frappées d'une décision de renvoi exécutoire. Les dispositions correspondantes sont contenues dans la loi sur l'asile (LAsi) à l'art. 82, al. 1, 4 et 5 ; en conséquence, la demande d'adaptation au système de l'aide d'urgence devrait être présentée au Parlement national. La motion 21.3187 de la conseillère nationale Streiff-Feller déposée le 16 mars 2021 propose de réguler le séjour de personnes déboutées de l'asile en vertu de la procédure régie par l'ancien droit, qui obéira a des critères claires et objectifs. Le Conseil fédéral estime que celle-ci doit être rejetée. La motion n'a pas encore été traitée au Conseil national.

En s'appuyant sur l'art. 30 al. 1 let. b de la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI) et l'art. 14 al. 2 let. c LAsi les cantons peuvent, avec l'accord du SEM, octroyer une autorisation de séjour en présence d'un cas de rigueur grave, dans la mesure où une intégration avancée et réussie le justifie à titre exceptionnel. Les cantons font usage de cette possibilité lorsque cela semble judicieux et approprié dans un cas particulier. Une réglementation générale du séjour des personnes dont la demande d'asile a été rejetée n'est pas prévue.

Les recommandations de la CDAS sur l'aide d'urgence élaboré en 2012 proposent des pistes aux cantons pour gérer au mieux cette problématique. Actuellement avec la crise sanitaire, le changement de pouvoir en Afghanistan et la guerre en Ukraine, l'exécution des renvois est rendue encore plus compliquée. Le risque de trouver encore plus de personnes sous le régime de l'aide d'urgence est grand. La CDAS s'est engagée pour l'octroi de titre de séjour provisoire aux Afghans, qui ne peuvent pas être rapatriés. Le SEM a revu sa pratique concernant le traitement des cas des ressortissants afghans dont l'exécution du renvoi a été ordonnée. Il pourra sous certaines conditions prononcer une admission provisoire. Cette adaptation a été approuvée le 13 janvier 2022 par la cheffe du DFJP. De plus, du fait des défis liés à l'aide d'urgence et des conditions de vie difficiles pour les bénéficiaires, la CFM avec l'appui de différents acteurs clés, entre autres la CDAS, CCDJP et l'ASM a mandaté une étude sur la situation spécifique des enfants bénéficiant de l'aide d'urgence auprès de l'institut "Marie Meierhofer Institut für das Kind." Cette étude devra permettre d'avoir une vue d'ensemble sur la situation des enfants bénéficiaires de l'aide d'urgence dans les différents cantons de la Suisse.

La CCDJP et la CDAS s'engagent avec leurs moyens pour rendre les cantons et le SEM attentifs aux situations de vie difficiles des personnes soumises au régime de l'aide d'urgence. Lors des rencontres du comité d'experts procédure d'asile et hébergement cette problématique est continuellement abordée, un sujet de débats, mais les perspectives de changements importants sans une modification de la loi sont impossibles.

Meilleures salutations

Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales

Nathalie Barthoulot
Présidente

Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police

Fredy Fässler
Président

Copie à

- Membres de la CDAS et CCDJP
- SEM, Direction

Via Lugano 4
6501 Bellinzona

telefono +41 91 814 55 14
fax +41 91 814 55 09
e-mail di-sp.direzione@ti.ch
web www.ti.ch/popolazione

Repubblica e Cantone Ticino
Dipartimento delle istituzioni

Sezione della popolazione
6501 Bellinzona

Spettabile
Terre des hommes schweiz
A.c.a signora Sylvia Valentin
Laufenstrasse 12
4053 Basel

Bellinzona 16 maggio 2022

Lettera aperta Terre des hommes schweiz per un trattamento umano dei richiedenti l'asilo respinti

Gentile signora Valentin,

con riferimento alle vostre missive del 15 febbraio, lettera aperta ai Cantoni, e 3 maggio 2022, il vostro richiamo, concernenti il tema summenzionato, con la presente vi comunichiamo quanto segue.

Il Canton Ticino su questo argomento è in linea con quanto già indicatole dal Presidente della KKJPD Fredy Fässler, nella sua risposta dello scorso mese di marzo che era stata redatta dalla KKJPD dopo aver consultato le autorità cantonali in merito a questa tematica.

Parimenti osserviamo che specificatamente al nostro Cantone, lo stesso si sta adoperando per migliorare le condizioni nel limite del possibile. Rimarchiamo tuttavia che l'integrazione non può essere un obiettivo per i richiedenti d'asilo che a seguito dell'esame della loro domanda, da parte di tutte le istanze amministrative e giudiziarie, hanno l'obbligo di partenza confermata.

Cordiali saluti.

Sezione della popolazione
La Capo Sezione

Silvia Gada

Ufficio della migrazione
Il Capo Ufficio

Stefano Devrel

Von: Andres Caesar <caesar.andres@tg.ch>
Gesendet: Donnerstag, 17. Februar 2022 14:16
An: Sylvia Valentin <sylvia.valentin@terredeshommes.ch>
Betreff: AW: Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Valentin

Vielen Dank für die Zustellung des offenen Briefs per E-Mail und per Post. Wir werden das Anliegen prüfen.

Freundliche Grüsse

Caesar Andres

Kanton Thurgau
Departement für Finanzen und Soziales
Sozialamt
Abteilung Asylkoordination und Sozialhilfe
Caesar Andres
Abteilungsleiter, Stv. Amtsleiter
Promenadenstrasse 16
8510 Frauenfeld

Tel: +41 (0) 58 345 68 33
E-Mail: caesar.andres@tg.ch
Homepage: www.sozialamt.tg.ch

Abwesend: Mittwoch

KANTON URI

VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTION

terre des homes schweiz
Laufenstrasse 12
4053 Basel

Altdorf, 24. Februar 2022

Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bestätigen den Eingang Ihres offenen Briefs vom 15. Februar 2022. Von Ihren Anliegen nehmen wir Kenntnis und bedanken uns für Ihr Engagement.

Freundliche Grüsse

Amt für Arbeit und Migration

Barbara Muther, Amtsvorsteherin

Volkswirtschaftsdirektion
Amt für Arbeit und Migration
Klausenstrasse 4
6460 Altdorf

Sachbearbeitung: Barbara Muther
Telefon: +41 41 875 2404
E-Mail: Barbara.Muther@ur.ch
Internet: www.ur.ch/arbeit

canton de vaud

Service de la population
Direction

Avenue de Beaulieu 19
1014 Lausanne Adm cant VD

Terre des hommes Schweiz
Madame Sylvia Valentin
Laufenstrasse 12
4063 Basel

Lausanne, le 6 juillet 2022

N/réf. SMI/GB
V/réf. --

Lettre ouverte pour un traitement humain des requérant·e·s d'asile débouté·e·s

Madame,

Avec un retard que je vous prie d'excuser, j'accuse réception de votre courrier du 3 mai 2022 ainsi que de son annexe « *Lettre ouverte pour un traitement humain des requérant·e·s d'asile débouté·e·s* » qui ont retenu toute mon attention.

Si je comprends parfaitement vos préoccupations ainsi que celles des signataires de cette lettre ouverte, je dois également relever que l'exclusion du régime d'assistance ordinaire du domaine de l'asile des personnes frappées d'une décision fédérale de renvoi découle directement de l'adoption du 24 septembre 2006 par le peuple suisse des modifications de la loi fédérale du 26 juin 1998 sur l'asile (LAsi ; RS 142.31).

Les autorités cantonales ne disposent dès lors d'aucune marge de manœuvre dans le cadre de l'application du système d'aide d'urgence plébiscité. Elles ne sauraient en particulier remettre en question des textes légaux adoptés selon un processus démocratique sans se trouver en contradiction avec les principes même de notre Etat de droit.

Je me permets à cet égard de vous renvoyer à la motion (21.3187) déposée le 16 mars 2021 par la conseillère nationale Marianne Streiff-Felleret et toujours à ce jour en attente de traitement par le Conseil national, « *Pour une mesure humanitaire exceptionnelle en faveur des personnes vivant de l'aide d'urgence après avoir été déboutées de leur demande d'asile en vertu de l'ancien droit* » ainsi qu'à la position du Conseil fédéral du 19 mai 2021.

Il convient de noter que le régime des prestations de l'aide d'urgence s'applique, pour la plus grande majorité, aux personnes qui, pour des raisons qui leur sont propres et sur lesquelles je ne saurais me prononcer, refusent de se soumettre à l'obligation qui leur est faite de quitter la Suisse.

Je rappelle à ce propos que mon service ne cesse de promouvoir les mesures visant à favoriser en tout temps un départ autonome et dispose à cet effet d'un budget ad hoc et d'un bureau de conseil en vue du retour visant à faciliter la réinsertion des personnes concernées dans leur pays d'origine, en proposant des aides financières adaptées à chaque situation.

canton de vaud

Service de la population
Secteur juridique

Avenue de Beaulieu 19
1014 Lausanne Adm cant VD

Enfin, je tiens également à vous assurer que mon service n'hésite pas non plus, lorsque les conditions sont remplies, à faire usage des dispositions légales prévoyant des exceptions dans les cas de rigueur grave, en raison de l'intégration poussée des personnes concernées.

C'est ainsi que le Canton de Vaud a obtenu entre 2007 et 2021 l'octroi d'une autorisation de séjour au sens de l'article 14, alinéa 2 LAsi en faveur de quelque 836 personnes.

Conscient que ce qui précède ne saura satisfaire pleinement à vos attentes mais demeurant à votre disposition pour tout information complémentaire, je vous prie d'agréer, Madame, mes salutations distinguées.

Steve Maucci
chef de service

Conseil d'Etat
Staatsrat

CP 478, 1951 Sion

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

2022.01662

P.P. CH-1951 Sion A Poste CH SA

Terre des Hommes Schweiz
Laufenstrasse 12
4053 Basel

Date 13 AVR. 2022

Votre lettre ouverte pour un traitement humain des requérant-es d'asile débouté-es

Madame, Monsieur,

Le Gouvernement valaisan a pris connaissance de la lettre ouverte du 16 février 2022 de Terre des Hommes Suisse cosignée par Solinetz et NCBI Schweiz pour un traitement humain des requérant-es d'asile débouté-es.

Dans votre lettre vous exposez la situation difficile, voire dramatique pour les personnes concernées et vous présentez sept requêtes concrètes afin d'améliorer le contexte de vie des personnes à l'aide d'urgence.

Le Conseil d'Etat valaisan est bien conscient que la situation de ces personnes n'est de loin pas satisfaisante mais les cantons sont liés à la législation fédérale sur l'asile. En effet, conformément à l'article 82, alinéa 4 de la Loi sur l'asile, les cantons sont tenus de verser une aide d'urgence inférieure à l'aide sociale accordée aux requérants d'asile. Cette réduction vise à ce que les personnes concernées s'acquittent volontairement de leur obligation de quitter la Suisse. De ce fait, aucune mesure d'intégration et/ou d'emploi n'est prévue pour les personnes frappées d'une décision de renvoi exécutoire.

En ce qui concerne les soins médicaux, les personnes à l'aide d'urgence qui ont été attribuées au canton du Valais sont affiliées à l'assurance obligatoire des soins et ont donc accès, comme tout un chacun, aux prestations prévues dans la LAMal.

Enfin, le Gouvernement valaisan tient à préciser que sans modification de la Loi sur l'asile, la situation des personnes à l'aide d'urgence ne pourra être sensiblement améliorée.

Le Conseil d'Etat regrette de ne pouvoir répondre différemment à votre lettre ouverte et vous présente, Madame, Monsieur, l'assurance de sa parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Frédéric Favre

CANTON DU VALAIS
CONSEIL D'ETAT

Le chancelier

Philipp Spörri

Place de la Planta 3, CP 478, 1951 Sion
Tél. 027 606 21 00 · Fax 027 606 21 04

From:	Georg Blum <Georg.Blum@zg.ch>
Sent on:	Thursday, May 5, 2022 4:50:09 PM
To:	Sylvia Valentin <sylvia.valentin@terredeshommes.ch>
Subject:	Offener Brief für eine humane Behandlung von abgewiesenen Asylsuchenden; Ihr Schreiben vom 3. Mai 2022
Attachments:	220309 Schreiben KKJPD_SODK Antwort offener BriefTerre des hommes_unterzeichnet d.pdf (227.98 KB)

Sehr geehrte Frau Valentin

In rubrizierter Sache schliesse ich mich dem angefügten Schreiben der KKJPD / SODK an. Abgesehen davon, dass wir zur Zeit ausserordentlich belastet sind, bitte ich Sie um Kenntnisnahme, dass wir als kantonale Migrationsbehörde zum Vollzug der Bundesgesetzgebung im Ausländer- und Asylbereich verpflichtet sind und die Entscheide des SEM und des Bundesverwaltungsgerichts aus rechtsstaatlichen Gründen umsetzen müssen. Gleichwohl prüfen wir in jedem einzelnen Fall sehr genau, welche Massnahmen angemessen sind und wie wir Härtefällen gerecht werden können.

Freundliche Grüsse
Georg Blum

Sicherheitsdirektion
Amt für Migration
Georg Blum
Leiter
Aabachstrasse 1
6300 Zug
T +41 41 728 50 51
georg.blum@zg.ch
www.zg.ch/afm